

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
27. September 1909

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zettin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Der Parteitag in Leipzig. — Die Gewerbeaufsichtsbeamten in Württemberg über die Kinder- und Frauenarbeit. Von Gh. — Die Arbeiterinnen im Deutschen Holzarbeiterverband. Von Kk. — Der Drang nach Wissen. Ein Briefwechsel. Von Fr. Britschow. — Bilder von der schweizerischen Heimarbeitausstellung. Von Johannes Heiden. — Proletarierinnen be- deutet es! Von M. Harber.
Aus der Bewegung: Pauline Staegmann † — Die Beteiligung der Ge- nossinnen am Parteitag. — Die Berliner Genossinnen rüsten zur Landtags- wahl. — Jahresbericht der Genossinnen des achten und zehnten schleswig- holsteinischen Wahlkreises. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus dem Auslande. — Vom Kampfplatz in Schweden. — Berichtigung. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Fl.
Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Die Frau in öffentlichen Ämtern. — Verschiedenes.

Der Parteitag in Leipzig.

Es ist nicht der günstigste Stern gewesen, der über dem heutigen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie geleuchtet hat. Wir meinen das nicht etwa im Hinblick auf die sachlichen Meinungsgegensätze in der Frage der Erbschaftsteuer, so wie die verlogene, volksfeindliche Finanzreform sie für die Partei auf- gerollt hatte. Die Sozialdemokratie hat auf ihren Jahres- kongressen schon weit schärfere Gegensätze diskutiert und viel stürmischer zum Austrag gebracht als in Leipzig. Wir denken bei unserem Stoßseufzer noch weniger an den vielberufenen „guten Ton“, der in der Hitze des Gefechts zuweilen arg ins Gedränge gekommen ist. Diesen „guten Ton“ schätzen wir nicht mehr, als er für eine Partei von Kämpfern wert ist, die leidenschaftlich um Erkenntnisse ringen, als den Wegweisern zur Macht, ihre Ideale zu verwirklichen. Tantenhaft über die vor- gekommenen „persönlichen Entgleisungen“ zu jammern, dazu liegt für die Partei gar kein Grund vor, und sie kann um so gelassener über sie zur Tagesordnung übergehen, als auch in Leipzig wieder der „gute Ton“ die meisten und härtesten Püffe ausgerechnet von der Seite jener erhalten hat, die sich ge- wöhnlich als die Oberhofzeremonienmeister für die Ausein- andersetzungen der Genossen untereinander wie mit der bürger- lichen Welt und ihren Repräsentanten geben. Allerdings: die Ausfälle des Genossen A. Fischer gegen den „Ausländer“ Karsti — der übrigens seit 15 Jahren in der deutschen Partei mit- arbeitet — vermögen wir nicht dem belanglosen Kapitel vom „Ton“ zuzurechnen. Sie befinden eine Auffassung und Bestimmung, welche der deutschen Sozialdemokratie wesensfremd ist und ihre besten Traditionen herabwürdigt. Unsere Partei hat es bis jetzt als das Amt der Polizei betrachtet, das Ausländertum sozialdemokratischer Kämpfer festzustellen. Sie selbst fragt in ihren Reihen so wenig nach dem Geburtsland und der Klasse, wie nach dem Geschlecht, und kennt nur die Zusammengehörig- keit auf Grund eines Wirkens, das auf der Gemeinsamkeit der Überzeugung beruhend dem gleichen Ziele gilt.

Was uns den Eindruck von den Verhandlungen des Parteitags im allgemeinen etwas trübte, das war der Mangel an jener Frische und Großzügigkeit, in welcher die Lebenskraft der Partei ihren Ausdruck zu finden pflegt. An glänzender, feuriger Rhetorik

hat es wahrlich auf keiner Seite gefehlt, ganz gewiß auch nicht bei den Genossen, welche am liebsten den Buchstaben „r“ als den Anfang des schrecklichen Wortes Revolutionär aus dem Alphabet streichen möchten. Aber seltener als sonst — nach unserer Empfindung — kam in der formgewandten Beredsam- keit der unwiderstehliche innere Drang zum Durchbruch, der mit der Glaubensfreudigkeit des „Gott will es“ der Kreuzfahrer dem erkorenen Ziele zustrebt. Und nicht immer, wo es uns nötig dünkte, trat das Bewußtsein des Zusammenhangs stark hervor, der zwischen jeder Lebensbetätigung der Arbeiterklasse und ihrem Befreiungskampf besteht, einem Zusammenhang, der auch das Kleinste adelt und dem anscheinend Außerlichen einen tiefen, inneren Sinn verleiht. Es sei in dieser Hinsicht nur an die nüchtern-geschäftsmäßige Einleitung zu den Debatten über die Maiseier erinnert. Nicht etwa als ob wir der Ansicht wären, daß im Leben der Partei die hervorgehobenen idealen Werte abhanden gekommen oder auch nur geschwächt seien. Wer den Pulsschlag dieses Lebens in den sozialdemokratischen Arbeitermassen fühlt, der kennt ihre wirkende Kraft, dem wird Herz und Sinn durch ihre Bekundung erhoben. Es schien je- doch eine gewisse Scheu auf dem Parteitag zu lasten, solche inneren Momente in die Erscheinung treten zu lassen. Sicher- lich kann und soll auch eine Partei wie die edle Cornelia im König Lear nicht jederzeit „ihr Herz auf die Lippen heben“. Allein es gibt Augenblicke, wo das geschehen muß, und Parteit- age gehören unseres Dafürhaltens für die Sozialdemokratie zu solchen Augenblicken. Unsere Tagungen haben ja Aufgaben verschiedener Art. Sie sollen nicht nur der Klärung und Ver- tiefung unserer Auffassung dienen, sollen nicht nur Richtlinien für die Parteitätigkeit ziehen und diese durch neue Anregungen befruchten: sie sind auch gewaltige Tribünen, von denen aus die sozialistischen Ideen in die Massen gerufen werden. Die weckende und werbende Kraft der Parteitage wird aber um so größer sein, je mehr auch „das Herz“ der Sozialdemokratie — um bei diesem Ausdruck zu bleiben — zu Wort kommt. Ja wir behaupten sogar, daß die Frische und Großzügigkeit der Verhandlungen für die Ausbreitung unserer Lehren wichtiger ist, als die Versicherung, daß wir bereit sind, aus „agitorischen Rücksichten“ vor den Ansichten rückständiger Bevölkerungskreise unsere Verbeugung zu machen.

Auch eine gewisse Zerfahrenheit, ein Hin und Her in der Entscheidung wirft für uns einen Schatten auf das Bild der Leipziger Tagung. Und das scheint uns das Beachtenswerte, daß darin weniger die zögernde Unentschlossenheit gründlich prüfender Bedenklichkeit sich äußerte, als vielmehr Unsicherheit im Urteil. Das Schicksal der Resolution 41 über die Stellung der Sozialdemokratie zum Liberalismus ist ein sprechendes Bei- spiel dafür, und die Partei kann dem Genossen Dittmann nur dankbar dafür sein, daß er durch seinen Antrag und die scharfe Begründung, die er ihm unter freudiger Zustimmung der über- großen Mehrheit der Delegierten gab, allen Mißverständnissen und Ausdeutungen einen Kiegel vorgehoben hat, zu denen die widerspruchsvollen früheren Abstimmungen förmlich ange- reizt haben würden. Den sonderbaren Schwärmern für den

Bund von Bebel bis Bassermann hat der Parteitag damit unterstrichen erklärt, daß für die prinzipielle und taktliche Haltung der Sozialdemokratie die Dresdener Resolution maßgebend ist und nicht die Hoffnung auf eine „Mauserung“ des Liberalismus zur tatkräftigen Demokratie.

Es ist uns hier nicht möglich, die vielverzweigten Wurzeln der Lüge bloßzulegen, die wir kritisch gestreift haben. Nur auf drei davon sei hingedeutet. Da ist der Einfluß der Krise und der politischen Stagnation unter geschichtlichen Bedingungen, die dem deutschen Proletariat zu seinem ureigensten Klassenwerk auch noch die unerfüllt gebliebenen wichtigsten Aufgaben der bürgerlichen Demokratie übertragen, Aufgaben, die obendrein nicht nur ohne bürgerliche Mithilfe, sondern meist gegen bürgerlichen Widerstand gelöst werden müssen. Da ist des Weiteren ein oft zu ängstliches Hinhorchen auf das, was die bürgerliche Presse über uns sagt. Gewiß müssen wir darüber informiert sein, um je nach der Art ihrer Organe und Wortführer entweder im ehrlichen Geisteskampf die Waffen zu kreuzen oder aber dreiste Unkenntnis, schamlose Verdrehung und Verleumdung unserer Ideen und Aktionen zu züchtigen. Kurz die Darstellung des Inhalts unseres Parteilebens durch die bürgerliche Presse ist uns ein steter Anreiz zur Aufklärung der Massen und bietet täglich hunderterteilte Aufknüpfungspunkte dafür. Was dagegen ihre Werturteile über das Wie der Betätigung der einzelnen im Dienste unserer Ziele anbelangt, so sollten wir ihnen mit dem Gefühl tiefster Würstigkeit gegenüberstehen. Sie sind mit bürgerlichen Maßstäben gemessen, die ihre Berechtigung für eine Bewegung verlieren, die von einer geschichtlich jungen Klasse getragen, einen neuen gesellschaftlichen Inhalt in sich birgt. Davon zu schweigen, daß dem bürgerlichen Lob und Tadel nur zu oft die feindliche Absicht, schaden zu wollen, zugrunde liegt. In dem allzu feinen Ohr für die Stimmen der bürgerlichen Presse offenbart sich im letzten Grunde nichts anderes als ein Aberrest geistiger Abhängigkeit von der bürgerlichen Welt, eine Abhängigkeit, die noch recht vielen proletarischen Kämpfern im Nacken sitzt. Schließlich darf als dritter Grund das ewige unfruchtbare Herummörgeln an den Grundsätzen und der Taktik der Partei nicht unerwähnt bleiben. So wohlwollend und stählend Auseinandersetzungen großen Stils über die Grundlagen, die Triebkräfte, die Aufgaben des proletarischen Klassenkampfes wirken, so deprimierend werden auf die Dauer kleinliche Hauskriege empfunden, bei denen keine Fortentwicklung der Theorie, kein Ansporn für die Praxis herauskommt, sondern lediglich eine Handvoll — „Mißverständnisse“ und persönlicher Verärgerung.

Was die Arbeiten des Parteitags anbelangt, so sind sie alles in allem erheblich und wertvoll. Die wenigste Befriedigung gewährt uns die Behandlung, die die Maisfeier erfahren hat. Sie hat die Unterstützungsfrage bedenklich in den Mittelpunkt gehoben und damit die Gefahr geschaffen, daß der Weltfeiertag des Proletariats in Deutschland ausschließlich von gefüllten Rassen abhängig gemacht und einem unaufhaltbaren Absterben überliefert wird. Das hieße aber nicht nur, daß die kämpfende deutsche Arbeiterklasse auf eine vorzügliche Waffe verzichtete, sondern auch daß die deutsche Sozialdemokratie in der Internationale in einer wichtigen Position aus den vordersten Reihen gedrängt werden würde. Grund genug, um alle Kräfte anzuspannen, daß trotz alledem und alledem die Arbeitsruhe am 1. Mai in immer größeren Umfange zur Durchführung kommt, der Opfer ungeachtet, welche den einzelnen dadurch auferlegt werden.

Notwendig und fruchtbar waren die Debatten über die Stellung der Reichstagsfraktion zur Erbschaftsteuer. Sie beleuchteten scharf die taktischen Gegensätze, die innerhalb der Fraktion und der Partei in puncto Steuerpolitik bestehen, aber auch die noch ungenügende Erörterung und Klärung der emporgewirbelten Frage. So lenkten sie die Aufmerksamkeit zwingend auf die Notwendigkeit, eine gründliche Beschäftigung mit ihr in die Wege zu leiten, um der Partei in der Zukunft Einheitlichkeit der Haltung und damit wichtigste Stoßkraft zu sichern. Da unzweifelhaft bald eine neue „Finanzreform“ die

Steuerfrage für die Partei abermals aufrollen wird, verdient Genossen Geyers Anregung Berücksichtigung, die Steuerpolitik der Sozialdemokratie auf dem nächsten Parteitag zu behandeln. Recht hoch schlagen wir ferner den Gewinn an, daß Dank dem Streit der Meinungen über die Erbschaftsteuer das sogenannte „Fraktionsgeheimnis“ durchbrochen wurde, daß die parlamentarischen Vertreter der Partei auch für ihr Verhalten innerhalb der Fraktion in den Bereich der Kritik der Gesamtpartei gestellt worden sind. Das „Fraktionsgeheimnis“ ist durchaus bürgerlichen Wesens und auf berufsmäßige Politiker zugeschnitten, die losgelöst von den Massen „selbstherrlich“ sind. Die sozialdemokratischen Parlamentarier dagegen stehen in den Massen, sind deren Beauftragte auf vorgeschobenen Posten und ihnen daher für alle ihre Entscheidungen Rechenschaft schuldig. Damit verträgt sich das „Fraktionsgeheimnis“ nicht, und das Fallen seiner Schleier wird die Beziehungen zwischen den Abgeordneten und der Gesamtpartei nur inniger und fester gestalten.

In geschlossener Front stellte sich die Partei zum Kampf für den Ausbau der Reichsversicherungs-Gesetzgebung. Die drei trefflichen Referate dazu, die die Genossen Bauer, Robert Schmidt und Genossin Ziegler erstatteten, brachten eine gründliche Abrechnung mit der Sozialpolitik von oben und begründeten überzeugend lichtvoll und sachkundig die sozialdemokratischen Forderungen. Eine kurze, aber gehaltreiche Diskussion betonte noch, was sie kritisierten und heischten. Dieser Teil der Parteitagsarbeiten berührt unmittelbar in hohem Maße die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen. Er wird den Genossinnen bei ihrer Aufklärungsarbeit beste Dienste leisten.

Kraftvolles Leben, das neuen Aufgaben zudrängt, belundete sich in den Debatten und Beschlüssen über die Jugendbewegung, über die Ausbreitung und Unterstützung der Kinderschutzkommissionen und über den Alkoholboycott, der in seiner doppelten Eigenschaft als politisches Kampfmittel im Sturm gegen die Junker und als Förderungsmittel höherer Kultur gewertet wurde. Damit all diese Beschlüsse und Anregungen recht erfolgreich in die Praxis umgesetzt werden, bedarf es besonders auch der eifrigen Mitarbeit der Genossinnen. Diese werden es daran nicht fehlen lassen, sind sie doch gerade auf den einschlägigen Tätigkeitsgebieten zum Teil der Gesamtpartei vorangegangen. An deren Leben und Wirken werden sie aber um so freudiger und erspriechlicher ihren Anteil nehmen, als das neue Organisationsstatut, das der Parteitag in der Fassung des Ausschusses angenommen hat, sie fest und gleichberechtigt der Partei eingliedert.

Wir rechnen sozialdemokratische Parteitage nicht zu den Toten, von denen man nach einem alten Worte nur Gutes reden soll. Aus dem Sein der Sozialdemokratie, des proletarischen Klassenkampfes geboren, wirken sie lebendig darauf zurück. Wenn wir daher offen ausgesprochen haben, daß wir in dem Bilde des Leipziger Parteitags neben hellem Licht auch den und jenen Schatten, neben unverfälgbarer Kraft auch manche Schwäche erblickten, so taten wir das in der festen Zuversicht, daß in der Sozialdemokratie nicht der aus der bürgerlichen Gesellschaft herüberwehende Tod das junge geschichtliche Leben ergreift, sondern umgekehrt, daß das proletarische Leben des Todes Herr werden wird, welcher der bürgerlichen Gesellschaft im Blute steckt. Mit Recht konnte Singer seinen Rückblick auf die Leipziger Woche in dem stolzen Wort Liebknechts ausklingen lassen: „Immer in der Offensive, niemals in der Defensive.“

Die Gewerbeaufsichtsbeamten in Württemberg über die Kinder- und Frauenarbeit.

Wie sich die Gewerbeaufsichtsbeamtinnen bewähren. Gefahren der Heimarbeit für die Gesundheit der Kinder. Gefahren für die Sittlichkeit der jungen Fabrikarbeiterinnen. Gesundheitsschädigungen der Wöchnerinnen durch zu frühzeitiges Aufstehen.

gh. In Württemberg gehören der Gewerbeaufsichtsbehörde außer den technisch vorgebildeten Beamten ein Arzt, zwei Beamtinnen und mehrere Hilfsbeamte an, die aus den Reihen

der praktisch erfahrenen Arbeiter entnommen sind. Diese Zusammensetzung der Gewerbeaufsichtsbehörde hat sich in jeder Beziehung bewährt: auch ihre neuesten Jahresberichte zeichnen sich durch ihren wertvollen Inhalt aus.

Ganz besonderes Interesse beanspruchen die Mitteilungen der Beamtinnen über ihren Verkehr mit den Arbeiterinnen: Bei den Revisionen wurde von jeher versucht, möglichst viele und namentlich auch ältere und verheiratete Arbeiterinnen ins Gespräch zu ziehen. War die Scheu der Arbeiterinnen einmal überwunden, so berichteten sie — insbesondere bei Revisionen ohne Begleitung — meist offen nicht nur über gesundheitliche und sittliche, sondern auch über private oder häusliche Angelegenheiten. Spätere wiederholte Begegnungen bei Revisionen hatten zur Folge, daß die Arbeiterinnen oft ganz von selbst auf die früher gepflogene Unterhaltung zurückgriffen und über ihr seitheriges Ergehen Auskunft gaben. Auf diese Weise hat sich im Laufe der Zeit ein persönliches Bekanntwerden mit einer größeren Zahl von Arbeiterinnen entwickelt. Bei Mitteilung von Beschwerden oder in sonstigen Fällen, die eine eingehendere Rücksprache mit Arbeiterinnen nötig erscheinen ließen, wurden diese, wenn erforderlich, auch in ihrer Privatwohnung aufgesucht. Ebenso nahmen zuweilen Arbeiterinnen die Gelegenheit wahr, die Beamtinnen auf Inspektionsreisen in ihrem jeweiligen Absteigequartier zu sprechen.

Wir finden denn auch manche treffende Bemerkung in den Berichten der Beamtinnen. So zum Beispiel über die Kinderarbeit: Der Einfluß der gewerblichen Kinderarbeit auf die Gesundheit der Kinder hängt von verschiedenen Umständen ab. Die Ausführung mancher Arbeiten ist von vornherein nicht ohne gewisse Bedenken. Aber auch eine Beschäftigung, die an und für sich nicht unzutraglich ist, kann und muß auf den kindlichen Organismus mit der Zeit schädlich wirken, wenn sie unter den Verhältnissen vorgenommen wird, wie sie in der Hausindustrie häufig üblich sind. Beengte, niedere, unsaubere, zuweilen feuchte Behausungen — Wohn- und Schlafstube, Küche, Werkstätte, alles in einem Raum, der im Winter der Heizkostenersparnis wegen nur selten gelüftet wird — sind ja nur allzuoft während einer überlangen Arbeitszeit der Aufenthalt der beschäftigten Kinder. Auch bedingen die meisten Arbeiten ein langes Stillsitzen, zuweilen in gebückter Stellung, ein scharfes Hinsehen, immer die gleichen, sich wiederholenden Bewegungen der Arme und Hände, in manchen Fällen des halben und ganzen Oberkörpers, Bewegungen, die bei der geringen Bezahlung der Arbeiten hastig ausgeführt werden müssen. Alle diese Umstände machen aber auch, fügen wir hinzu, für die Gesundheit der erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen die Heimarbeit sehr gefährlich. Das ist leider von den bürgerlichen Parteien in der Gewerbeordnungskommission des Reichstags bei der Beratung der Arbeiterschutzbestimmungen für die Heimarbeiter nicht genügend beachtet worden, obgleich die Sozialdemokraten mit allem Nachdruck darauf hingewiesen haben. Hoffentlich lassen sich die Herren durch die Beobachtungen der Gewerbeaufsichtsbeamtinnen belehren.

Auch auf die schweren sittlichen Gefahren, die den jungen Arbeiterinnen aus der gewerblichen Arbeit erwachsen, weisen die Gewerbeaufsichtsbeamtinnen nachdrücklich hin: Daß die Bedingungen, unter denen die Fabrikarbeit von den meisten jungen Mädchen geleistet wird: Loslösung von der Familie, tägliches Zusammensein mit Männern, der gemeinschaftliche tägliche Weg von und zur Fabrik, ja nicht zuletzt die Art der Arbeit, auf viele ungünstig einwirken müssen, ist außer Zweifel. Woher auch sollen die Mädchen den nötigen sittlichen Halt bekommen? Die Eltern, selbst auf Erwerb außer dem Hause angewiesen, sind außerstande, die Erziehung zu leisten, namentlich ist die Mutter, der wohl die Hauptsache obliegt, in ihrer freien Zeit mit häuslichen Arbeiten überlastet. Die Kinder wachsen sozusagen auf der Straße auf, und mit dem Zeitpunkt des Geldverdienens hört die Autorität der Eltern vollends auf. — Diese Gefahren können nur dann überwunden werden, wenn die jungen Mädchen sich möglichst bald den Organisationen anschließen, und wenn durch den Druck

der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen die Lage des Proletariats in jeder Beziehung verbessert wird.

Endlich seien die Mitteilungen der Beamtinnen über das Verhalten der Wöchnerinnen angeführt: Vorzeitige Beschäftigung dieser Arbeiterinnen in den Fabriken ist nicht beobachtet worden. Noch schädlicher aber als die Fabrikarbeit in der fünften und sechsten Woche nach der Entbindung ist das zu frühe Aufstehen der Frauen. Am dritten und vierten Tage gehen sie oft wieder ihren Haushaltsgeschäften nach; einige Frauen erzählten, daß sie am zweiten Tag schon wieder beim Melken im Stall gewesen seien. Auf alle Vorstellungen wurde entgegnet, daß es an einer geeigneten Stütze im Haushalt fehle, um es der Frau zu ermöglichen, ruhig liegen zu bleiben. Wochenpflegerinnen sind entweder gar nicht oder nur um teures Geld zu bekommen; Arbeiterinnen, die durch das Wochenbett ohnehin schon einen empfindlichen Ausfall an Verdienst haben, können sich diese Ausgabe nicht leisten.

Eine Kontrolle darüber, ob die Wöchnerinnen tatsächlich während der vorgeschriebenen Zeit nach der Entbindung unbeschäftigt bleiben, ist jedoch auch zuweilen für den Unternehmer mit gewissen Schwierigkeiten verbunden. Die Wöchnerinnen, insbesondere die ledigen, wechseln teils gezwungen, teils freiwillig die Arbeitsstätte. Für den Arbeitgeber ist es peinlich, jede stellenfuchende Arbeiterin in dieser Hinsicht auszufragen, vielleicht denkt er nicht immer daran, auch können ihm leicht unwahre Angaben gemacht werden. Dies ist namentlich dann der Fall, wenn die Arbeiterin einige Zeit vor der Entbindung aus ihrer früheren Beschäftigung austrat und es versäumte, sich rechtzeitig bei der Krankenkasse freillig weiterzuversichern, so daß sie ihrer Wöchnerinnenunterstützung verlustig ging. Eine Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen hierüber ist viel verbreiteter, als man annehmen sollte. Schon so manche Frau erzählte bei Revisionen in der Hausindustrie, daß sie ihre Unerfahrenheit auf diesem Gebiete büßen mußte. Auch die Aufseherinnen und Vorarbeiterinnen in Fabriken sollten über die einschlägigen Bestimmungen besser orientiert sein und dazu angehalten werden, austretende schwangere Arbeiterinnen auf ihre Rechte aufmerksam zu machen.

Von Fabriken mit Betriebskrankenkassen wird allerdings eine solche Fürsorge meist vergeblich erwartet werden. Soll es doch in manchen Fabriken vorkommen, daß schwangere Arbeiterinnen entlassen werden, sobald deren Zustand bekannt wird, um die Kasse nicht zu sehr zu belasten. Daß diese Maßregel bei schwangeren ledigen Arbeiterinnen angewendet wird, gaben verschiedene Betriebsleiter selbst zu. Es soll hierdurch den unehelichen Geburten vorgebeugt und die Sittlichkeit gefördert werden. Hiergegen wendet die Berichterstatterin in erster Linie ein, daß sich eine solche Maßnahme einseitig gegen das weibliche Geschlecht richtet. Außerdem zeigt die Beamtin an einem Beispiel, daß ein derartiges Mittel in der Tat gar nicht zur Hebung der Sittlichkeit dient: Bei der Revision einer Trikotwarenfabrik von etwa 100 männlichen und 70 weiblichen Arbeitern wurde festgestellt, daß auf Verlangen des Krankenkassenausschusses den schwangeren ledigen Arbeiterinnen gekündigt wird. Eine erfahrene, schon jahrelang in dieser Fabrik beschäftigte verheiratete Arbeiterin hat dabei folgende Beobachtung gemacht: Die Zahl der unverheirateten Wöchnerinnen nimmt kaum ab, die Arbeiterinnen verheimlichen nur solange als möglich ihren Zustand durch Tragen fester Kleidung usw., oder sie greifen auch zuweilen zu noch schlimmeren Mitteln und bringen sich und das Kind in Gefahr. Unwissend auf dem Gebiet des Krankenkassenwesens machen diese Arbeiterinnen bei der Kündigung von ihrem Rechte der freiwilligen Weiterversicherung meist keinen Gebrauch, versuchen oft auch — unter diesen Umständen häufig vergeblich — an anderer Stelle gleich wieder in Arbeit zu treten und versäumen inzwischen die gesetzliche Anmeldefrist für die freiwillige Weiterversicherung. Infolge des Mangels einer Wöchnerinnenunterstützung sind sie, weil mittellos, oft gezwungen, nach der Entbindung vorzeitig wieder Arbeit zu suchen unter Verschweigung der Verhältnisse. Der Absicht des Gesetzgebers wird auf diese

Weise entgegengehandelt, ohne daß dagegen eingeschritten werden könnte. Es ist wohl anzunehmen, daß manche mittellose, von der Fabrik ausgestoßene ledige Wöchnerin sich überhaupt nicht wieder zur Arbeit aufrafft und weiter sinkt. Als dem Vertreter der Firma die schlimmen sozialen Wirkungen der Maßregelung lediger Wöchnerinnen vor Augen gehalten wurden, berief er sich auf — den Beschluß seines Krankenlassen-ausschusses als Willenskundgebung seiner Arbeiterschaft. Als bezeichnend hebt die Berichterstatterin hervor, daß in dem Ausschuß die Frauen nicht vertreten sind. Wir müssen überdies noch daran erinnern, daß derartige Ausschüsse nur zu oft ganz unter dem Einfluß der Betriebsleiter stehen. — Hoffentlich werden diese Beobachtungen der Gewerbeaufsichtsbeamtin bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung eine entsprechende Verbesserung der Bestimmungen für die Krankenversicherung zur Folge haben.

Die Arbeiterinnen im Deutschen Holzarbeiterverband.

Immer mehr gehen die Gewerkschaften dazu über, die jährliche Berichterstattung über ihre Tätigkeit nicht wie früher in einzelnen Zeitungsnummern, Verbandstagsprotokollen und dergleichen zu geben, sondern in Form handlicher und übersichtlicher Jahrbücher zu veröffentlichen. Damit wird die Möglichkeit geboten, das Wirken einer Gewerkschaft leicht und sicher mit ihrer Betätigung in den Vorjahren vergleichen zu können. Der Organisation selbst aber bleibt wertvolles geschichtliches Material erhalten.

Das soeben erschienene „Jahrbuch 1908 des Deutschen Holzarbeiterverbandes“, das dritte dieser Art, würdigt in eingehender Weise auch die Stellung der weiblichen Mitglieder innerhalb dieser Gewerkschaft. Es handelt sich für den Verband insbesondere um die Organisierung der Arbeiterinnen in der Bürsten- und Pinselindustrie, den Bleistiftfabriken, den Knopffabriken, den Kammachereien, Korbmachereien, den Stuhlfabriken, Stuhlrohrfabriken, Harmonikafabriken, Pianomechanikfabriken, Uhrgehäusefabriken sowie der Polierinnen in der Möbel- und Pianoforteindustrie. Er hat also ein weites Feld zu beackern.

Die im November 1906 aufgenommene Lohnstatistik des Verbandes erfaßte neben 182304 männlichen Arbeitern 10686 weibliche. Diese Zahlen lassen ungefähr den Umfang erkennen, in welchem der Verband Einfluß auf die Arbeiterschaft der Holzindustrie gewonnen hat. Die Zahl der in dieser Beschäftigten ist natürlich ganz bedeutend höher. Weisen doch die vorläufigen Ergebnisse der Berufszählung von 1907 für die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe allein 63458 weibliche Beschäftigte auf. Allerdings umfaßt diese Gruppe einen etwas weiteren Kreis von Berufen als der Holzarbeiterverband.

Dem Deutschen Holzarbeiterverband gehörten 1908 am Jahreschluß 141235 männliche, 2973 weibliche und 52 jugendliche (unter 17 Jahre alte) Mitglieder an. Das bedeutet gegen das Vorjahr mit 144090 männlichen, 3353 weiblichen und 49 jugendlichen Mitgliedern eine Abnahme von 2855 Arbeitern und 381 Arbeiterinnen. Die Tatsache des Rückganges selbst darf nicht verwundern. Unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise haben die meisten Gewerkschaften ein Sinken ihres Mitgliederstandes zu verzeichnen. Mehr als die Abnahme muß uns bei den weiblichen Mitgliedern die starke Fluktuation auffallen. Im Laufe des Jahres 1908 sind 1251 Arbeiterinnen in den Verband eingetreten, außerdem traten aus anderen Gewerkschaften 30 zu ihm über, denen die bisherigen Beitragsleistungen angerechnet wurden. Mithin haben 1662 weibliche Mitglieder der Organisation den Rücken gekehrt. Maßgebend dafür dürfte wohl der Umstand sein, daß insbesondere unter den verheirateten Arbeiterinnen viele sind, die nur zeitweise einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Daneben kommt noch der häufige

Berufswechsel seitens der Arbeiterinnen als Grund in Betracht. Die Frauen sind meist ungelernete Arbeitskräfte, die heute in der Holz-, morgen in der Metall- oder Textilindustrie schaffen. Trotz dieser Sachlage hat der Verband unter seiner weiblichen Mitgliedschaft auch langjährige Getreue. Das beweist eine Statistik, die gelegentlich der Erneuerung der vollgeliebten Mitgliedsbücher vorgenommen wurde. Danach gehörten dem Verband am Jahreschluß 1908 noch 43 von den 589 weiblichen Mitgliedern an, die er Ende 1901 umschlossen hatte. Von diesen 43 aber waren 15 seit 10 bis 15 Jahren und 2 seit mehr als 15 Jahren ununterbrochen Verbandsmitglieder. In dem Maße als die technische Entwicklung die Frauenarbeit im Haushalt einschränkt und dafür in der Industrie ausdehnt, in dem Maße als die Profitgier der Unternehmer und die Not der Arbeiter die Proletarierinnen in das Erwerbsleben drängen, werden die Arbeiterinnen bestrebt sein müssen, ihre Arbeitsbedingungen durch die dauernde Zugehörigkeit zu ihrer Gewerkschaft zu verbessern. Denn ihre Arbeitsbedingungen verbessern, heißt ihre Lebenslage verbessern.

Der Holzarbeiterverband nimmt sich in treuester Weise der Interessen der weiblichen Berufsangehörigen an. Das beweisen Tatsachen. Unter den Tarifen, die am Jahreschluß 1908 galten und die unter seiner Mitwirkung zustande gekommen waren, befanden sich zwölf, die feste Normen über die Entlohnung der Arbeiterinnen aufstellen. Als Mindest-, zum Teil auch als Normalstundenlöhne sind dort folgende Sätze festgelegt: Knopffabrik in Breslau 15 Pf., fleißige Arbeiterinnen 17 Pf.; Knopffabrik in Hannover 16 Pf., steigend nach halbjähriger Beschäftigung auf 17 Pf., dann mindestens jährlich um 1 Pf. bis zu 25 Pf.; Bürstenmachereien in München 25 Pf., in Dresden 30 Pf.; Risten- und Kartonnagenfabrik in Niedersiedlich 15 Pf., in München 19 bzw. 21 Pf.; Goldbleistenfabrik in München Hilfsarbeiterinnen über 16 Jahre 15 Pf., über 21 Jahre 18 Pf., geübte Arbeiterinnen 22 Pf.; Spulensfabrik in Nürnberg 18 Pf.; Stockfabrik in Driesen 20 Pf. Eine Stockfabrik in Nürnberg sichert den Arbeiterinnen 9 Mk., und eine große Bleistiftfabrik daselbst 10,50 Mk. pro Woche Anfangslohn zu; eine Holzwarenfabrik in Tölz ihren Polierinnen 2 bzw. 2,50 Mark pro Tag. Wer die ständige Unterbietung der Löhne seitens der weiblichen Arbeitsuchenden kennt, wird die Bedeutung dieser vertraglichen Löhne trotz ihrer bescheidenen Höhe zu schätzen wissen. Wenn der Verband bis jetzt noch nicht mehr gesicherte Löhne für die Arbeiterinnen erreichen konnte, so liegt dies daran, daß leider noch so viele von ihnen glauben, der Gewerkschaft entraten zu können. Wähnen sie doch in jungen Jahren, daß ihre Erwerbstätigkeit nur der Durchgangspunkt zur Ehe sei, und der Beitritt zur Gewerkschaft „lohne sich daher nicht“. Wenn sie dann als verheiratete Frauen zum Verdienst zurückkehren müssen, leiden sie am meisten unter der Niedrigkeit der Löhne, die sie selbst mit durch ihre Gleichgültigkeit verschuldet haben.

Die dem Holzarbeiterverband angehörenden Arbeiterinnen waren an den Lohnbewegungen der Organisation prozentual in gleichem Maße beteiligt wie die Arbeiter. Aber diese Beteiligung gibt die nachstehende Tabelle Auskunft. Die Leserinnen wissen, daß infolge der Wirtschaftskrise das Jahr 1908 für Lohnbewegungen besonders ungünstig war. Auf die einzelnen Bewegungen verteilten sich die Arbeiterinnen folgendermaßen:

| | Beschäftigte | Stehen geblieben | Streikende | Von diesen waren | | |
|--|--------------|------------------|------------|--------------------|---------------------------|-------------------|
| | | | | Berbandsmitglieder | in anderen Organisationen | nicht organisiert |
| Angriffstreiks | 60 | 17 | 43 | 42 | 1 | — |
| Abwehrstreiks | 126 | 28 | 98 | 65 | 2 | 31 |
| Ausperrungen | 303 | 95 | 208 | 187 | — | 21 |
| Zusammen | 489 | 140 | 349 | 294 | 3 | 52 |
| Bewegung, ohne Streik Beteiligte | — | — | 468 | 235 | 5 | 228 |
| Insgesamt | (1907: 2036) | 817 | 529 | 8 | 280 | |

* Berlin 1909. Verlag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Von den Personen, die an den Lohnbewegungen überhaupt beteiligt waren, machten die Arbeiterinnen 2,5 Prozent aus; an der Gesamtmitgliederzahl des Verbandes waren sie mit 2,1 Prozent beteiligt. In größerer, mitunter sogar überwiegender Anzahl kamen Arbeiterinnen in Betracht bei den Bewegungen der Bleistiftarbeiter, Bürstenmacher, Kammacher, Demijohnflechter, Stuhlrohrarbeiter sowie in je einer Zellulose- beziehungsweise Federhalterfabrik. In Fürth in Bayern gelang es den 10 Poliererinnen einer Spiegelrahmenfabrik, durch geschlossenes Vorgehen eine Lohneinbuße von wöchentlich 3 Mk. abzuweisen, die sie allein treffen sollte.

Außerdem hatten die Arbeiterinnen natürlich in der Regel Anteil an den allgemeinen Erfolgen, die dank dem Verband für die Arbeiterschaft errungen wurden. Was zum Beispiel die Arbeitszeitverkürzung anbelangt, die für die Frauen besonders wichtig ist, so hat der Holzarbeiterverband in den letzten Jahren ganz wesentliche Fortschritte durchgesetzt. Das zeigen am klarsten die unter seiner Mitwirkung abgeschlossenen Tarifverträge. In seinen Verträgen, die am 1. Januar 1909 in Geltung waren, ist für 50000 Arbeiter eine Wochenarbeitszeit von 48 bis 54 Stunden, für 24000 eine von 54 bis 57 Stunden und nur für 9400 eine solche von über 57 bis zu 60 Stunden festgelegt.

Bei der außerordentlich gedrückten Geschäftslage des letzten Jahres mußte natürlich der Verband das Hauptgewicht darauf legen, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abzuwehren und die Folgen der Arbeitslosigkeit zu mildern. Das kommt an der Verdoppelung der Zahl der Abwehrstreiks und des Betrages der Arbeitslosenunterstützung zum Ausdruck. Ungeachtet der Ungunst der Lage kann sich der Verband rühmen, anerkanntswerte Verbesserungen der Arbeitsbedingungen errungen zu haben. Es erreichten 6078 (im Vorjahr 21664) Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich 1,9 (2,6) Stunden pro Woche und 19558 (44360) Personen eine Lohnerhöhung von durchschnittlich pro Mann 1,09 (1,45) Mk. in der Woche oder 57 (75) Mk. im Jahre. Außerdem sind noch für 11000 Arbeiter Verbesserungen vertraglich vereinbart worden, die stufenweise in den nächsten Jahren eintreten werden.

Dienen die Lohnbewegungen dazu, die Arbeitsbedingungen zu verbessern oder wenigstens nicht verschlechtern zu lassen, so sollen die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften die Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die vielerlei Unbilden ihrer Lage schützen und sie widerstandsfähig erhalten, den Einflüssen und Folgen von Not und Elend zu widerstehen und für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen zu können. In erster Linie kommt da die Arbeitslosenunterstützung in Betracht. Diese beträgt für die weiblichen Mitglieder des Verbandes je nach der Zeit ihrer Zugehörigkeit zu ihm 3 bis 5 Mk. pro Woche auf die Dauer von sechs Wochen. Dieser Unterstützungszweig ist im verflossenen Jahre 293 Arbeiterinnen zugute gekommen, die zusammen eine Hilfe von 3654 Mk. erhalten haben. Die einzelne arbeitslose Arbeiterin hat also durchschnittlich 12,47 Mk. bezogen.

In noch stärkerem Maße ist die Krankenunterstützung des Verbandes in Anspruch genommen worden; sie wird auch während der Wochenbettspflege gewährt. An diesen Vorteilen partizipierten 1078 weibliche Mitglieder mit zusammen 9522 Mark; hierbei entfallen auf die Empfängerin durchschnittlich 8,83 Mk.

Auch die übrigen Unterstützungen waren weiblichen Mitgliedern von Nutzen. Der Verband zahlte an Arbeiterinnen aus:

| | |
|---|----------------|
| Gemäßregeltenunterstützung für 8 weibl. Mitgl. zus. | 25 Mk. |
| Umzugsunterstützung | 13 " " " 141 " |
| Notfallunterstützung | " " " " " |
| Stempelgeld | 12 " " " 182 " |
| Reiseunterstützung | 5 " " " 13 " |

Diese sieben Unterstützungszweige der Gewerkschaft kamen also organisierten Arbeiterinnen mit 13537 Mk. zu Hilfe. Der Verband kam außerdem noch für die Kosten nötigen Rechtsschutzes und Streikunterstützung auf — zwei Posten, die für

die weiblichen Mitglieder nicht gesondert verrechnet worden sind — und gewährte die „Gleichheit“ den weiblichen Mitgliedern, die den entsprechenden Wunsch äußern. In Anbetracht der noch kleinen Zahl weiblicher Mitglieder sind dies recht beträchtliche Leistungen.

Der wöchentliche Beitrag der weiblichen Mitglieder beträgt 25 Pf., wird jedoch während Arbeitslosigkeit und Krankheit nicht erhoben. 17 Zahlstellen erheben auch von weiblichen Mitgliedern Lokalaufschläge, und zwar 13 Zahlstellen je 5 Pf., 3 je 10 Pf. und eine 15 Pf. pro Woche. Dafür leisten diese Zahlstellen meist recht bedeutende Zuschüsse zu den obengenannten Unterstützungseinrichtungen. Für den 25 Pf.-Beitrag kann ein weibliches Mitglied, wenn die vorgesehenen Fälle der Hilfsbedürftigkeit eintreten — ohne Streik- und Gemäßregeltenunterstützung, sowie ohne Rechtsschutz — eventuell nach einjähriger Mitgliedschaft bis zu 65 Mk. nacheinander beziehen, und dieser Betrag steigt bis zu 146,50 Mk. bei fünfjähriger Verbandszugehörigkeit.

Der Gewerkschaftsbeitrag ist also schon allein in dieser Hinsicht eine gute Kapitalsanlage. Das wichtigste ist und bleibt freilich, daß die gewerkschaftliche Organisation die Gewähr dafür bietet, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in demselben Maße verbessert werden, indem sich die Arbeiterinnen und Arbeiter ihr anschließen und geschlossen den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung aufnehmen. Die oben angeführten Erfolge der Lohnbewegung zeigen, daß eine starke Organisation sogar unter den ungünstigen Verhältnissen, welche eine Krise schafft, Erfolge zu erzielen imstande ist. Die Arbeiterinnen haben bei festem Zusammenhalt um so mehr Aussicht, erfolgreich ihre Interessen gegen das ausbeutende Unternehmertum verteidigen zu können, als es kaum noch billigere Arbeitskräfte gibt, die sie zu unterbieten vermögen, wie sie selbst unorganisiert nur zu oft als Lohnrückerinnen gegen die Arbeiter ausgespielt werden. Mögen die Arbeiterinnen in immer größerer Zahl die Macht begreifen, die in der Gewerkschaft ruht. Denn diese Macht schränkt die lastende Ausbeutung und damit Plage und Not der erwerbstätigen Frauen ein und bringt sie einem menschenwürdigen Dasein näher, für das zu kämpfen Recht und Pflicht der Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechtes ist. sk.

Der Drang nach Wissen.

Ein Briefwechsel.

Lieber Bruder!

Wie ich Dir schon auf meiner letzten Karte andeutete, bin ich hier in Hannover durch das Geschäft derart in Anspruch genommen, daß ich zu nichts komme. Du glaubst gar nicht, wie sehr ich mich über Deinen Brief und die Bücher freue. Entschließe Dich nur nicht zu früh, mich in mancherlei unterrichten zu wollen, ich muß Dir nämlich anvertrauen, daß ich leider fürchtbar dumm bin. Aber ich hoffe, daß das bald anders wird. Wenigstens habe ich den festen Willen dazu. Freilich weiß ich nicht, wie und wo anfangen.

Was weiß ich von Geschichte, von Naturwissenschaft, von Literatur! Nur Oberflächliches. Und ich habe wirklich den glühenden Wunsch, die Natur, die Menschheit und mich selbst zu verstehen, habe lebhaftes Interesse an guten Büchern und Dichtungen. Doch wie soll ich lernen? Die jungen Mädchen im Geschäft haben andere Interessen. Im Geschäft — — na, Du weißt ja, da werden ganz alltägliche und äußerliche Dinge verhandelt, und das mit einer Ausdauer, die ihresgleichen sucht. Komme ich mit wirklich gebildeten Menschen zusammen, so schäme ich mich, so unvollkommen zu sein. So stehe ich recht allein.

Was Du mir schreibst, verstehe ich gut. Du hast recht, ich bin oft in trüber Stimmung, und in solcher nimmt man das Leben schwer. Ich kann das Leben, die Menschen nicht begreifen, es könnte alles so viel besser sein. Wie oft ist es mir schon vorgekommen, daß ich mich voller Vertrauen Menschen angeschlossen habe, meinend, sie müßten gut sein. Aber eine Enttäuschung kam nach der anderen. Da läuft man schließlich Gefahr, stumpf zu werden. Aber ich will nicht!

Wohl freue ich mich der herrlichen Natur und bin nie fröhlicher, wenn ich einmal einen Tag draußen so richtig herumstrolchen kann. Doch wie selten darf ich mir die Freude gönnen.

Die meiste Zeit wird von meiner Arbeit verschlungen. Versteh mich recht. Nicht daß ich damit unzufrieden wäre, ich habe im Gegenteil die Arbeit sehr schätzen gelernt. Nur möchte ich etwas mehr Zeit für mich haben. Gar zu gern möchte ich lernen, mit mehr Freude zu leben, und ich denke, daß ich dies nur durch geistige Arbeit erreichen kann. Dazu brauche ich etwas Anleitung, und nicht wahr, Du willst mir helfen.

Ich glaube, es ist ein Erbfehler, daß ich manches so schwer nehme. Täglich muß ich deshalb mit mir schelten, aber täglich bringen mir Augen und Ohren Kunde von Dingen, von Ereignissen, die mir das Leben von der Schattenseite zeigen.

Wohl sieht es bei mir fest, daß es jetzt in der Welt ganz anders hergeht als wie früher, aber besser, daran möchte ich zweifeln. Das Leben der Menschen hängt heute, so scheint mir, ganz von den Maschinen ab. Alles ist maschinenmäßig geregelt. Gereicht uns das zum Heil oder Unheil? Sehen wir einer schönen Zukunft entgegen, wer und was verbürgt uns sie? Mein innigster Wunsch ist es, daß ich mich geistig entwickle, um Antwort auf alle Fragen zu finden, die mich quälen. Nur nicht dumm bleiben!

Du müßtest mich so weit kennen, daß ich Dich wegen Deiner sozialistischen Ansichten keinen Narren heiße. Im Gegenteil, ich rechne es Dir sehr hoch an, daß Du aus eigener Kraft Deine Kenntnisse um vieles bereichert hast.

Doch nun habe ich wahrlich genug über mich „genöht“, wie es hierzulande heißt. Sehr egoistisch von mir, nur von mir zu sprechen. Doch Du verstehst, wie es gemeint ist, sonst würde ich mich hüten, Dir so zu schreiben. Bald sollst Du Vernünftigeres von mir hören.

Hoffentlich geht es Euch allen gut. Schreib mir doch bitte, bald. Ich hätte trotz aller Arbeit doch schon eher geschrieben, aber es hält so schwer, wenn man innerlich stark bewegt ist, was man denkt, schreibend in Worte zu fassen. Schließlich wird nur Wirrwarr daraus.

Sei nebst allen herzlich begrüßt von

Deiner Schwester.

Liebe Schwester!

Über Deinen Brief habe ich mich sehr gefreut, zeigte er mir doch, daß Du aus dem Sumpfe kleinbürgerlichen Denkens herausstrebst. Mit Recht klagst Du, daß Deine Arbeitsgenossinnen mit unheimlicher Ausdauer tagaus tagein dieselben einsfältigen Dinge behandeln. Verwunderlich ist das aber nicht, was sollen sie auch in den Kreis ihrer Reden ziehen? Ein altes Sprichwort sagt: „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß.“ Die herrschenden Gesellschaftsklassen sorgen durch die Volksschule schon dafür, daß das arbeitende Volk in Unkenntnis, in Vorurteil und Gedankenlosigkeit bleibt, damit es mit seiner mehr als jämmerlichen Existenz im stumpfen Hinbrüten „zufrieden“ ist. Gab denn die Volksschule Dir und mir, Deinen Mitarbeiterinnen, ja der ganzen arbeitenden Bevölkerung mehr Wissen und wirkliche Bildung, als zur Berufstätigkeit unbedingt erforderlich ist? Ja nicht einmal für eine solche bereitet sie genügend vor. Die Arbeiterklasse schafft mit ihrem Mähen die Grundlage der heutigen Kultur und erhält die Klasse der Kapitalisten. Sie ist heute die wichtigste Klasse der Bevölkerung. Aber ihr mehr Wissen zu geben, davor hütet sich die herrschende Gesellschaft wie vor dem Feuer. Die Existenz dieser Gesellschaft ist in Frage gestellt, sobald sie beginnt, den Arbeitern das Wissen in vollem Umfange zugänglich zu machen. Das soll ein Vorrecht der Besitzenden und Herrschenden bleiben. Dieses Vorrecht hilft mit dazu, den kapitalistischen Klassen den Alleinbesitz an Grund, Boden und allen Produktionsmitteln zu sichern.

Du wirst mich in Gedanken fragen, was das Wort Produktionsmittel bedeutet. Man versteht darunter alle Rohstoffe, Maschinen, Werkzeuge, Gebäude usw., die der Erzeugung aller der Gebrauchsgegenstände oder Güter dienen, die die Menschen bedürfen. Das Wort Produktion heißt Erzeugung und wird heute im Wirtschaftsleben im Sinne von Gütererzeugung gebraucht.

Du siehst schon, daß die Sachlage einer Schlange gleicht, die sich in den Schwanz beißt. Die Besitzenden und herrschenden Klassen haben Reichtum, Macht, und darum haben sie auch Wissen, und weil sie Wissen haben, darum haben sie auch Macht. Diesen verhängnisvollen Kreis müssen die arbeitenden Massen sprengen. Sie müssen den Herrschenden den Alleinbesitz an Wissen streitig machen — denn: „Wissen ist Macht!“ Aber sie dürfen nicht vergessen, daß erst die Macht ihnen unbeschränktes Wissen gibt. Erst wenn sie die Macht des Reichtums, fremde Arbeit auszubeuten, sich nutzbar zu machen, zerschmettert haben, können sie ihren Bildungsdurst stillen. Solche Macht erlangen aber die Armen, die sich von den Besitzern der Produktionsmittel ausbeuten lassen müssen, durch den Zusammenschluß, die Organisation. Die Organisation derer, die in fremden Diensten arbeiten, ganz gleich, ob mit Hand oder Hirn, kämpft dafür, daß die Ausbeutung des Men-

schens durch den Menschen beseitigt wird. Sie bedarf klar blickender, fest wollender und opferfreudiger Glieder. Wenn Du erst einen besseren Einblick in mancherlei Fragen gewonnen hast, die ich heute nur flüchtig berühre, so mußt auch Du Dich den Kämpfern und Kämpferinnen für dieses Ziel zugesellen.

Damit Du das aber aufgeklärt, aus voller Überzeugung tun kannst, so vertiefe Dich in das Studium der Gesellschaftswissenschaften, die sich mit den Verhältnissen und Zuständen innerhalb der menschlichen Gesellschaft beschäftigen. In jeder Arbeiterbibliothek erhältst Du Schriften, die in dieses Gebiet gehören. Einzelne hier zu nennen, würde zu weit führen, vielleicht beginnst Du mit dem Lesen der beiden Broschüren von Lassalle, „Arbeiterprogramm“, „Kapital und Arbeit“, und nimm nach dem Schriftchen „Ziele und Wege“ das „Erfurter Programm“ von Karl Kautsky durch. Hast Du Dich noch mehr in die Arbeiterfrage vertieft, so mußt Du später unbedingt das „Kommunistische Manifest“ von Marx-Engels lesen. Auch das Studium geschichtlicher Werke ist notwendig. Ich würde Dir zunächst folgende Bücher empfehlen: „Die französische Revolution“ von Peter Kropotkin, „Die deutsche Revolution von 1848“ von W. Bloß und die „Geschichte der Kommune“ von Lissagaray. Da hast Du natürlich mehr als ein Jahr zu tun, bis Du Dich „durchstudiert“ hast.

Über die Natur mußt Du Dir ebenfalls Klarheit verschaffen. Erst wenn Du mit dem Schöpfungsmärchen der Bibel und den starren Glaubenssätzen der Kirche gebrochen hast, wirst Du in den Stand gesetzt, die Welt unbefangen zu betrachten. Du mußt Dich mit dem Gedanken vertraut machen, daß alles natürliche Sein die Frucht einer Kette von Entwicklungen ist und bestimmten inneren Gesetzen gehorcht. Verschaffe Dir zuerst das Buch „Moses oder Darwin“ aus der Sammlung „Aus Natur und Wissenschaft“ von Professor Arnold Dodel. (Internationale Bibliothek. Verlag von J. G. W. Diez Nachf., Stuttgart.) Auch an den anderen Bänden dieser Sammlung wirst Du viel Freude haben. Sie geben Dir reiche Belehrung und Anregung zum selbständigen Denken und schärfen Deinen Blick für das Schöne und Große in der Natur. Als Ergänzung zu diesen Büchern lies die beiden Bändchen von Dr. W. Meyer „Welterschöpfung“ und „Weltuntergang“. (Verlag Kosmos, Stuttgart.) Bist Du aber erst vorgeschrittener, so arbeite gründlich das Buch durch „Der Darwinismus und die Probleme des Lebens“ von Dr. Konrad Günther. (Volksausgabe, Verlag Fehsenfeld, Freiburg i. Br.)

Die Züricher Novellen von Gottfried Keller wie die Erzählungen von Theodor Storm und die Gedichte von Ida Negri, die ich Dir schicke, haben Dich gewiß ganz gefangen genommen. Vergiß mir aber darüber unsere Klassiker nicht. Unter den Büchern, die Du von mir erhalten hast, möchte ich noch ein bescheidenes Werkchen Deiner besonderen Aufmerksamkeit empfehlen. Es hat den Titel: „Sonntage eines großstädtischen Arbeiters“ von Kurt Grottel. (Verlag Vorwärts, Berlin.) Lies es, und Du wirst die Schönheiten der Natur auf Deinen Wanderungen doppelt empfinden. Daß Du neben all den Broschüren und Büchern regelmäßig „Die Gleichheit“ lesen sollst, Halbmonatsschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, versteht sich. Sobald Du sendend geworden bist, wirst Du keine trübseligen Stunden mehr haben. Das Zauberwort: „Erkenntnis“ ist der Schlüssel zur Freude. Du wirst das Scheinparadies der Unwissenheit mit dem Paradies des Wissens vertauschen.

Es grüßt dich von Herzen

Dein Bruder

Fr. Pritschow.

Bilder von der schweizerischen Heimarbeitersausstellung.

Die „Gleichheit“ hat in Nr. 21 schon einen Aufsatz über die Verbreitung der Heimarbeit in der Schweiz und über die Vorarbeiten der Heimarbeitersausstellung gebracht, die just zur Zeit des größten Fremdenverkehrs in einem Schulhaus Zürichs vom großen Glend der Heimarbeiter und -arbeiterinnen des schönen Landes predigen sollte.

Von den in der Heimarbeit beschäftigten Personen, deren Zahl auf 130000 bis 150000 geschätzt wird, sind ungefähr Dreiviertel Frauen und Kinder. Stark verbreitet ist die Heimarbeit in der Textilindustrie und in der Uhrenfabrikation, zwei Industrien, mit denen die Schweiz auf dem Weltmarkt einen hervorragenden Platz einnimmt. Auch in anderen Industrien, besonders in der Konfektion, Holzschneiderei, Strohindustrie sind jedoch viele Heimarbeiter beschäftigt. Gesetzlicher Schutz existiert

so gut wie gar nicht für die Heimarbeiterschaft der Schweiz. Nicht einmal das Truchsystern ist gesetzlich verboten, so daß noch vielfach die Arbeiter und Arbeiterinnen mit Spezereiwaren statt mit Geld bezahlt werden. Zum niedrigen Lohn gefellt sich dabei sehr leicht die Ausbeutung der Arbeiter als Konsumenten.

Die Schweizer Heimarbeitersausstellung fällt auf durch die große Anzahl von Ausstellungsgegenständen. Circa 3000 Produkte der Heimarbeit sind zusammengetragen worden, um dem Besucher durch eine Aufschrift, die jedem Gegenstand beigelegt ist, über Geschlecht, Alter, Familienstand des Verfertigers sowie über Arbeitszeit, Lohn, Ankosten, Nettolohn Aufschluß zu geben. Selbstverständlich ist auch der Herstellungsort verzeichnet, den zu kennen für die Beurteilung des Lohnes wichtig ist. Eine besondere Rubrik der Etikette gibt darüber Auskunft, ob das Einkommen aus der Heimarbeit das einzige Einkommen ist, oder ob es notwendigen oder willkommenen Nebenverdienst bildet. Notwendiger Nebenverdienst wurde das Einkommen aus der Heimarbeit nach dem offiziellen Führer genannt, wenn der andere Verdienst zur Fristung des Lebensunterhaltes nicht ausgereicht hätte. War die Einnahme aus der Heimarbeit zur Fristung des Lebensunterhaltes nicht unbedingt notwendig, sondern wurde sie zum Vergnügen, zum Zeitvertreib, zur Veibringung von Taschengeld verrichtet, so ist der Ertrag als willkommener Nebenverdienst bezeichnet. Es soll hier nicht darüber gesprochen werden, ob diese Einteilung des Nebenverdienstes in „notwendigen“ und „willkommenen“ für den sozialpolitischen Zweck der Ausstellung notwendig oder auch nur willkommen ist, jedenfalls birgt sie die Gefahr in sich, daß vielfach willkommener statt notwendiger Nebenverdienst deklariert wird. Wer je Erhebungen dieser Art vorgenommen hat, weiß, daß viele Heimarbeiterinnen geneigt sind, die Verrichtung von Heimarbeit nicht mit der Notwendigkeit zu erklären, den unzureichenden Verdienst des Mannes zu ergänzen, sondern mit dem Verlangen, eine Beschäftigung zu haben. Sie glauben, diese Verleugnung ihrem Ansehen schuldig zu sein.

Zu der Ausstellung gehört auch eine Arbeitshalle, in der Werkstätten für Seidenbandweber, Tabakarbeiter, Holzschnitzer, Leineweber, Bürstenmacher, Schneider, Schuhmacher und Strohhutarbeiterinnen errichtet sind. Die Werkstätten sind mit dem Inventar ausgestattet, das die betreffenden Arbeiter in ihren gewöhnlichen Arbeitsräumen um sich haben, um dem Besucher ein Bild von dem Aussehen der oft engen, kleinen und überfüllten Räume zu geben, die vielfach zugleich als Arbeits-, Wohn- und Schlafstätte dienen.

In einem anderen Raum sind Photographien, Tabellen und graphische Darstellungen ausgestellt. Die Photographien geben Wohnungen der Heimarbeiter wieder und werden wohl manchem mehr von Not und Elend erzählen als es Zahlen allein vermöchten. Die Tabellen und graphischen Darstellungen, die zum Teil von der Ausstellungsleitung, zum Teil aber auch vom Statistischen Amt der Eidgenossenschaft und von den statistischen Ämtern einzelner Kantone angefertigt worden sind, geben Auskunft über Verbreitung der Heimindustrie, ihr Stärkerhältnis zur Fabrikindustrie, über Geschlecht der Heimarbeiter, über Verbreitung des Truchsystems, über Durchschnittslöhne der Heimarbeiter einzelner Industrien und anderes.

Sehr reich ist die Bekleidungsindustrie vertreten. Sie hat ihren Hauptsitz in den Kantonen Zürich, Thurgau, Aargau und Bern, und beschäftigt annähernd 9000 Heimarbeiter und -arbeiterinnen. Die Frauenarbeit überwiegt. Die Schweizer Ausstellung bestätigt, was auch die beiden reichsdeutschen Ausstellungen ergeben haben, daß die Heimarbeit nicht nur Produkte geringerer Qualität, sondern Arbeiten ganz hervorragender Güte liefert. Vom groben, „bunten Hemd“ bis herauf zum feinsten Jupon und eleganter Damenwäsche finden wir alle Stufen vertreten. Die Löhne sind zum Teil unglaublich niedrig. An einer Schürze, die in Zürich von einer 28jährigen Arbeiterin hergestellt worden ist, fanden wir einen Stundenlohn von 5 Cts., und in der Knabentkonfektion aus Zürich waren Löhne von 5,8 Cts. für die Stunde verzeichnet. Vereinzelt melden die Etiketten auch Stundenlöhne von 50 Cts. und mehr,

aber in den meisten Fällen bleiben sie doch unter 30, sehr oft gar unter 20 und nicht einmal selten unter 10 Cts. Besonders niedrig sind die Löhne in der Strickerei und Hälerei, etwas erträglicher in der Damen- und Herrenkonfektion, obgleich auch hier sehr niedrige Löhne nicht selten sind. In der Kleiderkonfektion ergibt sich, daß fast regelmäßig die Löhne der Heimarbeiter hinter den Löhnen der Werkstättenarbeiter zurückbleiben. Auffallend ist, daß die Löhne im gleichen Ort für die gleiche Arbeit oft verschieden sind, aber es bestätigt nur, daß es den Fabrikanten leicht möglich ist, die Arbeiter verschieden zu bezahlen, weil der Zusammenschluß der Heimarbeiter fehlt. Für einen Teil der Bekleidungsindustrie sind die Durchschnittslöhne berechnet; sie betragen in der Wäschekonfektion (Arbeitskleider, Schürzen, Leibwäsche mit Ausnahme der weißen Wäsche) 21,3 Cts., für Weißzeugnähen 17,9 Cts., für Strickerei 13,4 Cts. und für Hälerei 10,2 Cts. für die Arbeitsstunde.

Von den Erzeugnissen der Textilindustrie fallen vor allem die der Basler Seidenbandweberei auf. Für circa 25 Fabrikanten, von denen die meisten in Basel wohnen, arbeiten in Fabriken und in der Hausindustrie mehr als 20000 Personen. Sowohl von den in den Fabriken wie in der Heimarbeit Beschäftigten sind 75 Prozent Frauen. Trotz der enormen Gewinne, die diese Industrie den wenigen Kapitalisten bringt, sind die Löhne nicht nur sehr bescheiden, sie sind zum Teil direkt Hungerlöhne: sie gehen bis zu 12 Cts. für die Stunde herab und übersteigen selten 35 Cts. Die Arbeitszeit ist lang, sie beträgt, wie der Bearbeiter dieses Teils der Ausstellung, Dr. Fr. Mangold, Leiter des Statistischen Amtes in Basel, berichtet, normalerweise 13 bis 14 Stunden täglich, oft auch 15 Stunden.

Erheblich schlechter sind noch die Verhältnisse der Heimarbeiterinnen in der Seidenstoffweberei, die ihren Hauptsitz im Kanton Zürich hat. Die Fabrikarbeit verdrängt hier die Hausindustrie. 1871 waren noch 89,5 Prozent aller Webstühle Hand- und nur 10,5 Prozent mechanische Webstühle, 1906 dagegen war der Anteil der Handwebstühle auf 17,7 Prozent gesunken und der der mechanischen Webstühle auf 82,3 Prozent gestiegen. Trotz der Ausdehnung der Arbeitszeit, die man immer bei der Konkurrenz zwischen Hand- und Maschinenarbeit findet, können die Heimarbeiter ihren Unterhalt nicht erwerben, sondern sind auch in der Schweizer Seidenstoffweberei dem sprichwörtlichen Weberelend preisgegeben. Stundenlöhne von 3 bis 4 Cts. sind nicht selten und solche von mehr als 10 Cts. fallen auf. Von einer Weberin schreibt die Lehrerin des Ortes wörtlich: „Ohne gute Leute müßte die Arme betteln, sie tut es aber nicht; aber die schlechtbezahlte Arbeit bringt sie an den Bettelstab. Strenge Arbeit, elende Kost und Kummer und Sorgen haben die Witwe in gesundheitlicher Hinsicht ruiniert.“ So wird warmes Leben kapitalistischer Ausbeutung geopfert.

Ein wenig besser sind die Lohnverhältnisse in der Plattstichweberei und Seidenbeutelstichweberei. In beiden Branchen bestehen Organisationen, die die große Mehrzahl der Heimarbeiter umfassen. Für die Plattstichweberei sind die Durchschnittslöhne auf circa 20 Cts., für die Seidenbeutelstichweberei auf circa 34 Cts. berechnet. Der Arbeitgeberverein für Handweberei hat es den Plattstichwebern durch Drohung mit strafgerichtlicher Anzeige verboten, der Ausstellung Arbeiten zu liefern, die mit Material und nach Mustern des Arbeitgebers angefertigt seien. Die Seidenbeutelstichweberei ist ausschließlich Heimarbeit; sie wird, ebenso wie die Plattstichweberei, in seuchten Kellern betrieben, und zwar fast nur von Männern, weil sie große Kraft erfordert. Trotzdem greifen zuweilen auch Frauen zu dieser schweren Arbeit, „aber,“ so lesen wir im offiziellen Führer durch die Heimarbeitersausstellung, „bereits in allen Fällen ist das Ende vom Liede, daß in wenigen Jahren das junge weibliche Wesen nur noch ein Schattenbild ist.“ Die Organisation der Seidenbeutelstichweber hat nicht vermocht, die Löhne entsprechend den gesteigerten Lebensmittelpreisen zu erhöhen. Die Arbeit ist aber nicht nur schwer, sondern auch äußerst gesundheitschädlich, weil die Webkeller nie geheizt und nur mangelhaft beleuchtet werden.

Sehr schlecht ist auch die ökonomische Lage der Leineweber; sie betreiben zwar fast immer noch etwas Landwirtschaft neben der Weberei, aber ihre Erwerbsverhältnisse sind doch so traurig, daß sie fast ausschließlich von Kaffee, Brot und Kartoffeln leben müssen; Fleischnahrung können sie sich nur ausnahmsweise leisten. Die Löhne betragen 5 bis 10 Ets. für die Stunde. Als Hilfskräfte beschäftigen die Leineweber zum Spulen häufig Verdinglinder.

Kinderarbeit ist auch in der Stickerie, dieser bedeutendsten Heimindustrie der Schweiz, vielfach anzutreffen. Von der weltbekannten Appenzeller Stickerie enthält die Ausstellung nur wenige Gegenstände. Die Fabrikanten haben erklärt, daß die Löhne so hoch seien, daß ihre Bekanntgabe eine Verpflanzung der Industrie in andere Gegenden bewirken könne. Der verstorbene Schweizer Fabrikinspektor Schuler berichtet von den Appenzeller Löhnen aber anders. Nach ihm kann eine gute Stickerin 2 Fr., eine mittelmäßige 1,50 Fr. und eine schwache nur 0,50 bis 1 Fr. täglich verdienen. Laut der letzten Betriebsstatistik sind in der Stickerie mehr als 35 000 Heimarbeiter beschäftigt, davon sind 72 Prozent Frauen. Zu der alteingesessenen Handstickerei ist in den letzten 50 Jahren die Handmaschinenstickerei gekommen. Sie war anfangs hauptsächlich Fabrikarbeit, hat sich aber nach Erlaß des Fabrikgesetzes in die Hausindustrie geflüchtet, wo sie keiner gesetzlichen Kontrolle und Beschränkung unterworfen ist. 1872 gehörten nur 7 Prozent der Handstickmaschinen Einzelstickern und 93 Prozent waren in Fabriken aufgestellt; 1895 waren nur noch 40 Prozent in Fabriken und 60 Prozent in der ungezügten Hausindustrie. Die Löhne an den ausgestellten Produkten sind recht gering, sie gehen herab bis auf 4 Ets. für die Stunde und bleiben fast immer unter 30 Ets. Schuler hat den Durchschnittslohn eines Stickers auf 3 Fr. und den der Fädlerin auf 1,20 bis 1,50 Fr. für den Tag berechnet. Abzüge für angeblich mangelhafte Arbeit sind häufig und die Bezahlung erfolgt recht oft in unregelmäßigen Zwischenräumen. Auf einer Etikette fanden wir den Vermerk: „Bezahlung erfolgt je nachdem die Ferggerin (Zwischenmeisterin) Geld hat.“

Die Uhrenindustrie der französischen Schweiz ist nur mit wenigen Gegenständen in der Ausstellung vertreten, trotzdem sie nach der Textilindustrie die meisten Heimarbeiter beschäftigt, nämlich rund 12 000, wovon 48 Prozent Frauen sind. Die Löhne zeigen große Verschiedenheiten auf; nach einem gewissenhaften Bericht werden sie auf 2,65 Fr. für Frauen und 3,75 Fr. für Männer pro Arbeitstag von 12 Stunden berechnet. Bei der Herstellung von Musikdosen, die hauptsächlich im Kanton Waadt erfolgt, sind die Löhne noch niedriger, und das Trucksystem ist stark verbreitet. Nur zweimal im Jahre wird mit den Heimarbeitern abgerechnet. Es ist klar, daß hierbei zum schlechten Lohn noch leicht die Übervorteilung bei der Abrechnung tritt.

In der Abteilung für Holzschneiderei sehen wir eine große Anzahl feiner Gegenstände. Trotzdem die Arbeiter fast alle eine gute Berufsausbildung, zum Teil auch Fachschulunterricht genossen haben, sind die Löhne recht mäßig, sie betragen durchschnittlich zirka 30 Ets. für die Stunde. Der Holzschneider, der als Heimarbeiter nur im Berner Oberland anzutreffen ist, treibt gewöhnlich auch etwas Landwirtschaft, um sein kärgliches Einkommen ein wenig zu erhöhen. Frauen sind selten in der eigentlichen Schneiderei beschäftigt, dagegen verrichten sie zuweilen Hilfsarbeiten. 89 Prozent aller Heimarbeiter in der Holzschneiderei beziehen ihren Lohn zum Teil in Naturalien. Ein Arbeiterverband hat in den letzten Jahren wenigstens einen weiteren Rückgang der Löhne verhindert.

Die Tabakindustrie des Kantons Aargau zählt ungefähr 700 Heimarbeiter, wovon 88 Prozent Frauen sind; Kinderarbeit ist häufig. Als Arbeitsraum dient für diese ungesunde Beschäftigung fast immer Wohn- oder Schlafstätte. Die Löhne sind sehr niedrig, oft unter 10 Ets., seltener über 20 Ets. in der Stunde.

Die Lederindustrie weist nicht viel Heimarbeit auf, die Löhne dafür sind sehr gering. Im frommen Wallfahrtsort

Einsiedeln verdient eine Handschuhnäherin selten mehr als 10 Ets. in der Stunde. In der Sattlerei sind die Löhne etwas höher, nämlich durchschnittlich 23,7 Ets. Schuhmacher erreichen, wenn die Angaben der Etiketten richtig sind, Löhne von 48 Ets. durchschnittlich! dagegen Frauen beim Schäfte nähern nur zirka 15 Ets. Die Arbeit wird auch fast immer in den Wohn- oder Schlafräumen ausgeführt, was natürlich große Gesundheitsgefahren mit sich bringt.

Unglaublich niedrige Löhne fanden wir in der Strohindustrie. Sie hat sich vom italienischen Kanton Tessin in die Kantone Aargau und Freiburg übertragen. 6000 bis 7000 Heimarbeiter, davon zirka 92 Prozent Frauen, sind in dieser Industrie beschäftigt. An den Ausstellungsgegenständen fanden sich fast immer nur Löhne von 1 bis 5 Ets., über 10 Ets. fast gar nicht; auf einer Etikette war ein Lohn von 0,4 Ets. für die Stunde verzeichnet, was bei zwölfstündiger Arbeitszeit einen Tagesverdienst von noch nicht ganz 5 Ets. bringt. Löhne von 1,5 bis 2,5 Ets. sind häufig, und solche von 5 Ets. erscheinen schon hoch. Die Löhne sollen früher etwas besser gewesen sein. Selbstverständlich führen diese Hungerlöhne zur Überarbeit, die auch noch durch den Umstand gefördert wird, daß es sich hier um Saisonarbeit handelt. Eine Folge der schlechten Löhne und Überarbeit ist die erschreckend hohe Kindersterblichkeit in den Bezirken dieser Heimarbeit. Die Kinderarbeit selbst, die früher sehr verbreitet war, geht zurück, „weil sich genug andere billige Arbeitskräfte offerieren“. Die Hungerlöhne werden noch nicht einmal voll in bar, sondern zum Teil in Spezereien und anderem bezahlt.

Welche Abteilung der Schweizer Heimarbeiterausstellung man immer betrachten mag, allenthalben finden wir unzureichende Löhne, die bis zu wahren Hungerlöhnen sinken, lange Arbeitszeiten, Überanstrengung, oft schlechte Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse und Kinder- und Frauenarbeit in einem Maße und unter Umständen, die die größten Gefahren für Mütter und Kinder bedeuten. Unfassbares Elend spricht aus dem Gewirr von Zahlen, das die Ausstellung bietet, und schreit nach Erlösung. Die Heimarbeit ist auch in der Schweiz die schlimmste Form der kapitalistischen Ausbeutung. Johannes Heiden.

Proletarierinnen bedenkt es!

Wilhelm II. hat wieder einmal geredet. Dieses so häufige „Ereignis“ würde uns Frauen des werktätigen Volkes durchaus nicht interessieren, hätte der Kaiser nicht auch davon gesprochen, daß das deutsche Volk seine Lasten gern trüge. Das ist ein Gemeinplatz, den wir auch sonst oft genug gehört haben und hören. Freilich nicht von den ausgebeuteten Massen selbst, welche die Hauptträger der neuen wie der alten Steuerlasten sind. Wohl aber von allerhand Leuten, die auf der „Menschheit Höhen“ wandeln, was unpoetisch, aber richtig gesagt nichts anderes bedeutet, als daß diese Leute zu den ausbeutenden und herrschenden Klassen gehören. In den Parlamenten und bei „patriotischen“ Festen lassen bürgerliche Politiker und andere Stützen der heutigen Ordnung den Singsang von der Freude ertönen, mit der Michel seinen breiten Buckel einer immer schwereren Steuerbürde darbietet.

Wie aber ist die Meinung des arbeitenden Volkes, des Volkes, dem der Staat durch Steuern und Zölle auf unentbehrlichen Lebensbedarf die Groschen aus der Tasche nimmt? Nun, Mitschwestern, darüber herrscht wohl unter uns kein Zweifel. Sind wir es nicht, die am meisten spüren, wie hart und wie ungerecht diese Art der Ausplünderung ist? Wir seufzen schwer unter der Bürde, die die herrschenden Klassen durch ihren Staat den ausgebeuteten Massen neben der Auswucherung ihrer Arbeitskraft noch aufladen. Wir fluchen denen, die uns durch Abgaben das Mark aus den Knochen saugen, das uns der ausbeutende Kapitalist lassen mußte. Wir ballen die Faust, wenn unsere Männer mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft, oft ihrer Gesundheit den kärglichen Lebensunterhalt verdienen müssen, wenn wir selbst — soweit wir Lohnarbeiterinnen

sind — in harter Fron uns um ein Stück Brot quälen. Und welche bitteren Gefühle überwältigen uns nicht, wenn wir an unsere Kinder denken! Nur wenigen Müttern aus „den unteren Schichten der Bevölkerung“ ist es vergönnt, ihren Kleinen die Nahrung zu reichen, die sie haben müßten. Wie blutet unser Herz, wenn wir beobachten, daß die Volksschule unseren Lieblingen das gesunde, kräftige Brot des Geistes vorenthält, nach dem sie hungern; daß sie ihren Geist verdummen und vergiften soll, statt ihn mit Gutem und Schönem zu erfüllen.

Warum das alles? Wir wissen, daß die heutige Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung dafür verantwortlich ist. Sie beruht auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und heiligt sie. Sie bringt es mit sich, daß eine Minderheit an dem überreich bestellten Tische des Lebens sitzt, und daß die übergroße Mehrzahl darben beiseite stehen muß. Wir proletarischen Frauen, unsere Männer und Brüder, ja sogar unsere Kinder, wir alle müssen uns mühen und entbehren, weil wir zur großen Masse der Ausgebeuteten gehören. Aber die herrschende Minderheit läßt sich nicht daran genügen, aus unseren Knochen und Nerven mittels der Arbeit Gold herauszupressen. Sie hat auch die Macht im Staat, und die mißbraucht sie gewissenlos, um uns die meisten und härtesten Steuerlasten aufzuhalsen. Und wozu dienen diese Steuern, die in den Staatsfädel fließen? Etwa um unsere Kinder durch gute Schulen zu bilden, um unsere Kranken, Alten und Invaliden zu versorgen, um gesunde Wohnungen zu erstellen, um ödes Land fruchtbar zu machen? Mitnichten! Hunderte, Tausende von Millionen werden ausgegeben, weil Hunderttausende junger Männer für den Massenmord gedrickt werden; weil Schiffe hinausgehen sollen, um fremde Völker der kapitalistischen Ausbeutung zu unterwerfen; weil Kanonen gegossen werden, um unsere Brüder zu töten. Weitere Millionen braucht der Staat, weil er Schmarotzer ernährt, die nur nach außen repräsentieren und nach unten hin schifanieren, weil er ein vieltausendköpfiges Heer von Beamten nötig hat, die nicht die öffentlichen Sachen verwalten, sondern die Menschen in Unterwerfung halten sollen. Da sind die Polizeier, die gegen Streikposten aufgeboden werden, und die Pfarrer, die das Volk geistig zu knebeln haben, von anderen „Dienern“ der heutigen Ordnung nicht erst zu reden. Wollt ihr dem allen ruhig, ergebungsvoll zusehen, Proletarierinnen?

Nein und tausendmal nein, lautet unsere Antwort. Wir wollen uns in eine Reihe mit den Genossen stellen, die gegen Ausbeutung und Knechtschaft kämpfen. Wir wollen uns mit ihnen gegen jede Belastung der Massen durch indirekte Abgaben, gegen Militarismus und politische Rechtlosigkeit zur Wehr setzen. Diejenigen unserer Schwestern, die noch stumpfsinnig im Dunklen wandeln, wollen wir aufklären. Millionenstimmige Proteste und Forderungen sollen aller Welt sagen, daß das Volk seine Lasten widerwillig trägt, von Haß und Empörung erfüllt, daß es leidenschaftlich sein Recht, seine Freiheit begehrt. Laßt uns arbeiten, laßt uns kämpfen, daß unsere Bürde an Plage und Not jetzt schon geringer wird, daß wir Kräfte sammeln, das Joch der Ausbeutung und Sklaverei ganz abzuschütteln. Kein Erfolg ohne Macht! Das wissen wir. Wir wissen aber auch, daß die Macht bei den Massen der Kleinen, Armen und Ausgebeuteten ist, sobald sie nur wissen und wollen. Unser Zusammenschluß als Wissende und Wollende gibt uns Macht. Darum Proletarierinnen, vereinigen wir uns! Jede proletarische Frau gehört in die politische, jede Arbeiterin gehört außerdem in die gewerkschaftliche Organisation.

Der Zusammenschluß ist das Siegfriedsschwert, das die Arbeit befreit, wenn die Erkenntnis von dem unvermeidlichen Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung und von dem unaufhaltbaren Sieg des Sozialismus es lenkt. Proletarierinnen, bedenkt es!

M. Garder.

Aus der Bewegung.

Pauline Staegemann † Ein Herz hat aufgehört zu schlagen, das an Treue für das erhebende Ideal des Sozialismus nicht übertroffen werden konnte. Genossin Staegemann ist 71 Jahre alt

in Berlin nach einem Leben voll Arbeit und Kampf zur Ruhe gegangen. Mit ihr hat die politische Frauenbewegung Deutschlands nicht bloß eines ihrer eifrigsten, selbstlosesten Glieder verloren, sondern eine ihrer ersten Bahnbrecherinnen in schwerer Zeit. Genossin Staegemann gehörte zu dem kleinen Häuflein weißlichtiger, tatkräftiger Frauen, die schon Ende der sechziger Jahre die Notwendigkeit erkannten, die Proletarierinnen organisiert zum Kampfe gegen die Doppeltnechtschaft durch das Vorrecht des männlichen Geschlechts und die Macht des Kapitals zu führen. Mit Frau Kantius und Frau Schadow zusammen gründete sie in Berlin den ersten Arbeiterinnenverein. Von den Behörden gehemmt, bestraft, doch nicht bezwungen, ermüdete sie nicht in ihren agitatorischen und organisatorischen Bestrebungen, die besonders Anfang der achtziger Jahre größere Bedeutung gewannen, wo Genossin Staegemann mit der Genossin Jhrer, Hofmann und Jagert zusammen die Berliner Konfektionsarbeiterinnen zum Kampf für Brot und Recht vereinigte. Wie schwer das Beginnen damals war, die proletarischen Frauen aufzuklären und dem Heerbann ihrer kämpfenden Brüder einzugliedern, welche Überzeugungstreue und Hingabe es erforderte: davon können sich die Genossinnen kaum eine Vorstellung machen, die nicht die Unbill des Sozialistengesetzes am eigenen Leibe erfahren haben, und denen die Zeiten fremd geblieben sind, wo auch im Proletariat noch das Vorurteil gegen das Heraustrreten des Weibes aus den vier Pfählen recht stark war. Genossin Staegemann hat sich nie durch die Schwierigkeiten der frei gewählten Aufgabe oder durch ihre Gefahren und Opfer schrecken lassen. Sie war stets zu finden, wenn man ihre Tatkraft, ihren geraden Sinn, ihre Opferfreudigkeit brauchen konnte. Ihr Wirken in jener Zeit würdigen, heißt ein Kapitel aus der Geschichte der proletarischen Frauenbewegung schreiben, und eines ihrer schönsten und lehrreichsten Kapitel. Berufene werden zu ihm in einer der nächsten Nummern der „Gleichheit“ das Wort ergreifen. — Genossin Staegemann gehörte zu den hochsinnigen Naturen mit klarem Blick und großem Herzen, die eifrig Mitarbeitende für eine hehre Sache bleiben, auch wenn sie unter gewandelten Verhältnissen nicht mehr wie einst in ihrem Dienst Führende sein können. Als sie in der späteren Periode der proletarischen Frauenbewegung als einfache Kämpferin in Reih und Glied zurücktrat, hat die Flamme ihrer Begeisterung für den Sozialismus nicht minder hoch und rein gebrannt als früher. Begierig und freudig ergriff Genossin Staegemann jede Gelegenheit, wo sie sich für ihre Überzeugung betätigen konnte. Solange es ihre Kräfte erlaubten, hat sie an dem Vereins- und Versammlungsleben der Berliner Proletarierinnen regen Anteil genommen, ein Beispiel treuer Pflichterfüllung für manche jüngere Genossin. Mehr als einer von uns wird das feine Gesicht der „Mutter Staegemann“ unvergessen bleiben, in das des Lebens Nöte ihre Augen gegraben hatten, und das von dem inneren Leuchten einer schönen Seele, die ganz einem Großen hingegeben war, gar wundersam verklärt wurde. Genossin Staegemann hat es vollaus verdient, daß die proletarische Frauenbewegung Deutschlands ihr Grab mit immergrünem Lorbeer schmückt.

Die Beteiligung der Genossinnen am Parteitag zu Leipzig war wieder ein Schulbeispiel von der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts im Lager der Sozialdemokratie, aber auch von seiner politischen Leistungsfähigkeit. 20 Genossinnen nahmen an den Arbeiten der Tagung teil, davon 18 als Delegierte und zwei als Mitglieder der Parteileitung. Delegierte waren die Genossinnen: Agnes-Düsseldorf, Andratsche-Kiel, Baader-Berlin, Baumann-Altona, Evers-Hannover, Fahrenwald-Berlin, Günther-Leipzig, Jeeze-Rixdorf, Kienast-Borsigwalde, Knöster-Magdeburg, Lehmann-Dresden, Ludwig-Reichenbach, Lungwig-Berlin, Müller-Röppelsdorf, Nemitz-Weitmar, Roth-Hamburg, Simon-Bremen, Wagner-Chemnitz. Als Beisitzerin im Parteivorstand nahm Genossin Zieh, als Mitglied der Kontrollkommission Genossin Zetkin an dem Parteitag teil. Dieser wählte Genossin Baader als Schriftführerin in das Bureau, Genossin Ludwig in die Mandatprüfungscommission und Genossin Baumann in die Beschwerdekommission. Dem Ausschuss zur Vorberatung des Organisationsstatuts, der im Laufe des letzten Jahres der Parteitätigkeit wiederholt getagt hat, gehörten die Genossinnen Zieh und Zetkin an. Der Erstgenannten war vom Parteivorstand eine schwere und ehrenvolle Aufgabe anvertraut worden. Sie hatte das Referat über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zu geben, und ihre Leistung, nach Inhalt und Form vorzüglich, wird den Genossinnen wertvolle Dienste bei der Agitation unter den Frauen des wertvollen Volkes leisten. Im Namen der Parteileitung empfahl Genossin Zieh in einer glühenden Rede die einstimmige Annahme der Resolution, welche zum Alkohol-

boykott aufforderte; sie befürwortete außerdem noch die Resolution, die zur weiteren Gründung und Förderung der Kinderschulkommissionen aufruft. Diese nämlich Sache wurde auch von Genossin Lehmann eindringlich zur Unterstützung empfohlen. Genossin Baader sprach unter lebhaftem Beifall über die Bestimmungen des Organisationsstatuts, welche die Mitgliedschaft und die Rechte der Frauen in der Partei regeln. Die besondere Bedeutung der Versicherungsgesetzgebung für die proletarischen Frauen würdigte Genossin Baumann in trefflichen Worten. Der Parteitag wählte wieder Genossin Zieg als Beisitzerin in den Parteivorstand und Genossin Zetkin in die Kontrollkommission. Es gibt in Deutschland keine einzige große politische Partei, in welcher die Frauen in dem gleichen Umfang zu allen Arbeiten und Aufgaben herangezogen werden wie in der Sozialdemokratie.

Die Berliner Genossinnen freuen sich, daß die Ende Oktober stattfindenden Berliner Ersatzwahlen zum preussischen Landtag ihnen Gelegenheit geben, der reaktionären Sippchaft eine Quittung für ihr volksfeindliches Verhalten auszustellen. Wenn auch selbstverständlich die Wiederwahl unserer Genossen die Macht der Gegner im preussischen Landtag nicht brechen kann, so zeigt doch gerade ihr krampfhaftes Bemühen, uns die Mandate zu entreißen, wie un bequem ihnen das Eindringen der Sozialdemokratie in die Herrschaft des Kapitalismus geweihten Räume des Dreiklassenparlaments ist. Die Erbitterung über die neueste Verteuerung der notwendigsten Lebens- und Genußmittel, die die gesamte Arbeiterklasse beherrscht, ist für unsere Frauen ein neuer Antrieb, mit aller Kraft bei diesen Wahlen im Dienste der Partei mitzuarbeiten. Fehlt uns Frauen auch noch die Waffe des Stimmzettels, so können wir, wenn auch nicht wählen, so doch wählen, und das soll trotz des Zetergeschreis über Terrorismus in einer Weise geschehen, daß dem mandats-hungrigen Berliner Freisinn über die Stimmung der Berliner klassenbewußten Arbeiterchaft endlich die Augen aufgehen werden.

Jahresbericht der Genossinnen des achten und zehnten schleswig-holsteinischen Wahlkreises. Nachdem im Vorjahr durch das Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes die Schranken für die politische Organisation der Frauen gefallen waren, traten am 1. Juli die Genossinnen des Wahlkreises der Partei bei. Der Eintritt der Genossinnen Altonas und Wandersbecks geschah geschlossen laut Beschluß der bestehenden Frauenwahlvereine. Diese waren anlässlich der preussischen Landtagswahlen gegründet worden und zählten dank einer regen Agitation circa 1330 Mitglieder. In sechs anderen Orten hatten wir außerdem Genossinnen, die freiwillige Beiträge zahlten. So traten am 1. Juli vorigen Jahres 1526 Frauen als Mitglieder in den sozialdemokratischen Verein ein. Im Berichtsjahr ist ihre Zahl auf 1873 gestiegen, die sich auf 16 Orte verteilen. Die Parteiorganisation hat also 347 weibliche Mitglieder neu gewonnen. Gewiß ein Zeichen dafür, daß auch die Frauen, wenn sie einmal ausgerüttelt sind, den Wert der politischen Organisation schätzen. Die Genossinnen haben an allen Veranstaltungen der Partei teilgenommen, jedoch wird in den meisten Orten über schwachen Besuch der Mitgliederversammlungen durch die Frauen geklagt. Besondere Frauenversammlungen sind in diesem Jahre in geringerer Zahl abgehalten worden als im Vorjahr, 17 gegen 26. Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß 1908 keine öffentlichen Frauenversammlungen stattgefunden haben, um die Delegierung der Genossinnen zur Generalversammlung des Wahlkreises und den Parteitag vorzunehmen. Weibliche Delegierte dazu wurden in den Mitgliederversammlungen zusammen mit den männlichen gewählt. Soweit Frauenversammlungen stattfanden, dienten sie teils der Agitation unter den Massen, teils der Schulung der weiblichen Mitglieder. Die „Gleichheit“ hat leider an Abonnenten verloren. Es werden jetzt 1087, gegen 1187 Exemplare im Vorjahr gelesen. Der Vertrieb geschieht in der alten Weise. In Altona, Wandersbeck, Sande und Schiffbeck tragen die Genossinnen selbst die „Gleichheit“ aus. Sie erzielten hierdurch einen Überschuss von 581,33 M. Davon wurden 452 M. an die örtlichen Parteikassen abgeführt, 50000 Exemplare des Flugblattes: „Genossinnen! Arbeitsschwester!“ sind im Kreise verbreitet worden. In Altona bestand seit einigen Jahren eine Kinderschulkommission der Genossinnen, die eine rührige Tätigkeit entsfaltete. Im letzten Jahre gelang es in 31 Fällen durch Rückprache mit den Arbeitgebern und den Eltern lohnarbeitender Kinder, deren ungesegnete Beschäftigung zu beseitigen. In mehreren Fällen mußte allerdings auch Anzeige bei der Behörde erstattet werden, weil auf gutlichem Wege nichts erreicht werden konnte. Jetzt sind solche Kommissionen in Altona und Wandersbeck durch die sozialdemokratischen Vereine eingesetzt worden. Die Genossinnen

haben sich an allen Aktionen der Partei beteiligt. In Altona und Wandersbeck haben sie an der Agitation für die Stadtverordnetenwahlen teilgenommen, in mehreren Orten haben sie beim Einlassieren der Beiträge, beim Flugblattverbreiten und beim Austragen der „Landpost“ geholfen. Wenn die Frauenbewegung bei uns auch keine großen Fortschritte gemacht hat, so kann man doch in Berücksichtigung der schweren wirtschaftlichen Krise, unter der die Frau besonders schwer zu leiden hat, mit ihrem gegenwärtigen Stande zufrieden sein. Wir blicken auf den ersten Schritt unter dem Reichsvereinsgesetz zurück. Er muß uns zu nimmerrastender Agitations- und Aufklärungsarbeit anspornen, damit das neue Recht von größeren Massen arbeitender Frauen voll ausgenutzt wird. Die gegenwärtige politische Situation eröffnet den Ausblick auf harte Kämpfe, die nur dann erfolgreich sein können, wenn das Proletariat sie geschlossener denn je aufnimmt. Darum muß alles aufgeboten werden, um die uns noch Fernstehenden zu gewinnen und die Gewonnenen zu schulen. Der proletarische Freiheitskampf erfordert nicht nur ganze Männer, sondern auch ganze Frauen. Es gilt für uns, alle Möglichkeiten auszunutzen, die uns die Situation bietet. Darum frisch ans Werk!
Lilchen Baumann.

Politische Rundschau.

Dem sozialdemokratischen Wahlzug im pfälzischen Reichstagswahlkreis Neustadt-Landau haben sich die vorzüglichen Wahlergebnisse im sächsischen Reichstagswahlkreis Schneeberg-Stollberg und im pfälzischen Landtagswahlkreis Neustadt-Edenkoben würdig angeschlossen. Der alte sozialdemokratische Besitz im Erzgebirge, der bei den Hottentottenwahlen von 1907 dem Ansturm der Gegner siegreich widerstanden hatte, wurde mit 21190 Stimmen für den Genossen Schöpflin, mit einer Steigerung der Stimmen um 2190 behauptet. Der Stimmenrückgang von 1907 wurde glänzend wettgemacht und die Stimmenzahl der „roten Wahl“ von 1903 noch um 1094 übertrafen. Die vereinigten „Nationalen“ dagegen erlitten einen Verlust von 5162 Stimmen! Und das trotz einer wüsten Agitation, die mit den niedrigsten Mitteln des Reichsverbandes betrieben wurde; trotz des lebhaften Eintretens der konservativen und landbändlerischen Führer für den nationalliberalen Kandidaten; trotz der verzweifeltsten Beschwörung der „nationalen“ Wählerschaft, zum mindesten um des moralischen Eindruckes willen einen Rückgang der bürgerlichen Stimmen gegen 1907 zu verhüten. Das alles hat das Strafgericht über die „nationale“ Politik nicht verhindern können, die sich so herrlich bei der Reichsfinanzreform offenbart hat. Der unerschämte Steuerraubzug auf die Taschen der Ärmsten hat seine Wirkung getan — großen Scharen der Wählerschaft sind die Augen auf- und übergegangen, sie haben die bürgerlichen Parteien ohne Unterschied als die Sachwalter der Besitzenden erkennen müssen. Daß sie nun in dieser Erkenntnis gefestigt und zu überzeugten Sozialdemokraten gemacht werden, das muß die Sorge der sozialdemokratischen Agitation sein. Die Genossinnen können dabei viel tun, indem sie die indifferenten Frauen über die Gründe der Verteuerung der Genußmittel aufklären. Die bürgerliche Presse sieht entsetzt auf das Resultat der Schneeberg-Stollberger Wahl und stellenweise werden Befürchtungen für den Ausgang der kommenden allgemeinen Wahlen im Jahre 1912 ausgesprochen. Daß diese bürgerlichen Befürchtungen voll erfüllt werden, dafür muß die angespannte Arbeit der Sozialdemokratie sorgen. Das Feuer, das die neuen Steuern im Volk entzündet haben, darf nicht mehr verlöschen. Dieselbe Sprache, wie die Wahl im Erzgebirge, redete die Nachwahl zum bayerischen Landtag im pfälzischen Wahlkreis Neustadt-Edenkoben, einem Teil des eben von der Sozialdemokratie eroberten Reichstagswahlkreises Neustadt-Landau. Der Nationalliberalismus hat zwar das Mandat noch mit knapp 500 Stimmen Mehrheit behauptet, seine Stimmenzahl ging aber von 6188 auf 4730 und die des Zentrums von 3593 auf 3346 zurück. Die Sozialdemokratie hat dagegen ihre Stimmenzahl mehr als verdoppelt: diese stieg von 2078 auf 4179. Wenn das bayerische Landtagswahlgesetz nicht schlechter wäre als das Reichstagswahlgesetz — es entrechtet die Steuerrestanten, die infolge der Krise in der Arbeiterklasse ziemlich dicht gesät sind —, so hätte schon jetzt der Nationalliberale dem Sozialdemokraten weichen müssen.

Das Zentrum macht verzweifelte Anstrengungen, seine stützige gewordenen Wählermassen zu halten. Indessen kann es das Erwachen vieler seiner betrogenen Anhänger nicht mehr ungeschehen machen. An den nackten, fühlbaren Tatsachen prallt der große Einfluß ab, den die Kirche zu seinen Gunsten übt, angesichts ihrer versängt die Vorspiegelung von der Gefährdung der Religion nicht mehr, verjagt die Kraft der strupellos verlogenen Agitation und

der wüfsten Verleumdung der Sozialdemokratie. Selbst die Reichstagserversammlung in dem bombensicheren überwiegend ländlichen rheinischen Zentrumswahlkreis Koblenz-St. Goar beweist das. Die Stimmzahl des Zentrums ist um rund 8000 Stimmen gesunken, die der Sozialdemokratie um rund 700 Stimmen gestiegen! Und das, obgleich das Zentrum den Wahlkampf mit einem Eifer geführt hat, als ob es einem gefährdeten Wahlkreis gelte. Gegen die im Kreise noch sehr schwache Sozialdemokratie hat es dabei mit allen Mitteln, selbst dem niederträchtigen der Saalabtreibung „gearbeitet“. Wie trüb die Zentrumsführer selbst die Lage ihrer Partei ansehen, geht klärlieh aus dem folgenden Umstande hervor: Wo sie notgedrungen ihren Wählern Rede stehen müssen, schließen sie die Gegner vorsichtig aus und räumen selbst ihren eigenen Anhängern keine freie Diskussion ein, sondern nur ein beschränktes Fragerecht. So machte es Herr Erzberger in Frankfurt a. M., Herr Trimborn in Köln. Trotzdem sind diese Versammlungen nicht ganz nach dem Wunsche der Arrangure verlaufen, da sich der Protest zahlreicher Besucher nicht unterdrücken ließ und sich in Zwischenrufen kundgab. Wo aber Zentrumsabgeordnete einmal eine Ausnahme von der Regel machen und den Gegnern freie Diskussion zugestehen mußten, wie Herr Dr. Fleischer in Reichenbach in Schlesien und Herr Giesberts in Essen, da haben sie unangenehme Ergebnisse zu verzeichnen gehabt. Die Essener Zentrumsleitung gab zum Beispiel auf ein sozialdemokratisches Angebot einer erneuten Auseinandersetzung nur die bezeichnende Antwort: Einmal und so bald nicht wieder!

Indes erweckt das Glend, das die Tabaksteuererhöhung über ihre Tabakarbeiter bringt, immer größere Empörung wider Zentrum, Junker, Polen und Antisemiten. Aus allen Revieren der Tabakindustrie kommen die traurigsten Meldungen über Arbeiterentlassungen, Feiertagen und Lohnkürzungen. Viele Tausende von Tabakarbeitern und Tabakarbeiterinnen sind arbeitslos geworden — allein aus der kleinen Stadt Schwezingen liegen dem Bürgermeisteramt 1000 Unterstützungsgesuche von Opfern der Steuererhöhung vor! Aber nicht bloß die Tabakarbeiter selbst, sondern auch die in den Hilfsberufen der Tabakindustrie Beschäftigten werden betroffen. So die Zigarrenlistenmacher. Die Zigarrenfabrikanten wollen wegen der erhöhten Tabaksteuer jetzt an den Packungen sparen und wählen, statt der teureren Kisten, andere Umhüllungen. Die Zigarrenlistenmacher haben infolge dessen schon eine Petition an den Bundesrat gewichtet, worin sie fordern, daß man sie an der Reichsunterstützung für die Tabakarbeiter teilhaben lasse. Dabei zeigen bereits die jetzigen noch unvollständigen Nachrichten über die Schädigungen im Tabakgewerbe selbst deutlich diese Tatsache: der vier Millionenfonds, den die Reichstagsmehrheit für die arbeitslosen und sonst geschädigten Tabakarbeiter großmütig bewilligt hat, wird nicht entfernt zureichen. Etwa 85000 Mk. beträgt allein der Lohnausfall der sächsischen Tabakarbeiter innerhalb 14 Tage! Die vier Millionen sollen aber für ganz Deutschland auf zwei Jahre reichen! Man begreift, daß es den Behörden angst und bange wird bei den Ansprüchen, die jetzt an sie herantreten, und daß sie deshalb vor lauter Erwägungen und Bedenken in der Auszahlung der Unterstützung sehr langsam sind. Das Glend der Arbeiter, die bei den schlechten Löhnen in der Tabakindustrie natürlich im allgemeinen keine Ersparnisse machen konnten, wird dadurch erheblich verschlimmert. Daß die Behörden dabei ihre bürokratische Engherzigkeit nicht abgetan haben, daß die ihr Recht fordernden Arbeiter und Arbeiterinnen wie lästige Armengeldempfänger angesehen werden, daß ihnen die Annahme von Arbeiten, für die sie nicht geeignet sind, zugemutet wird: das haben wir vorausgesehen und das ist denn auch, hier mehr, dort weniger, eingetroffen. So wird denn alle Tage offener, welche Verbrechen das Zentrum an der Arbeiterklasse beging, als es die Tabaksteuererhöhung annahm und dann hinterher den sozialdemokratischen Unterstützungsantrag verwarf, indem es die verfügbare Summe auf den Bettel von vier Millionen beschränkte und dazu die Bestimmungen so miserabel gestaltete, daß die Geschädigten völlig der Willkür der amtlichen Organe ausgeliefert sind.

Eine der Säulen des Antisemitismus und der sogenannten „nationalen“ Arbeiterbewegung ist in diesen Tagen scheinlich zusammengebrochen, Herr Schack, der Reichstagsabgeordnete für Eisenach-Dernbach und der Vorsitzende des antisemitischen deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes. Der Herr hat vor der Öffentlichkeit stets den germanischen Sittlichkeitswächter gespielt. Seine Bekämpfung der Frauenarbeit — die lediglich gegen die unbequeme Konkurrenz der weiblichen Angestellten gerichtet war —, hat er jederzeit mit der Sorge um die Sittlichkeit der jungen Mädchen drapiert, die in jüdischen Geschäften angeblich besonders gefährdet sein sollte. Er konnte nie genug über die Unsittlichkeit

zeteren, die die Verwirklichung der sozialdemokratischen Ideen im Gefolge haben würde. Nun hat sich der nämliche Herr Schack als ein vollendeter Heuchler erwiesen. Er hat einem jungen Mädchen Anerbietungen gemacht, die darauf hinausliefen, zugleich die Beischläferin des Herrn Schack und der Frau Schack zu werden. Er tappt, verdroh sich der saubere Herr hinter dem Bette seiner Frau und erging sich in hochtönenden Worten darüber, daß das Privatfamilienleben nicht in die Öffentlichkeit gezerrt werden dürfe, eine Auffassung, die gerade die Antisemiten gegenüber dem politischen Gegner nie respektiert haben. Herrn Schacks Gesinnungsgeossen und der Vorstand des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes unterstützten den „Sittlichkeitswächter“ in dem sauberen Bestreben, die Skandalaffäre zu vertuschen, und gingen mit den wüfsten Verschimpfungen gegen diejenigen vor, die die Geschichte aufdeckten. Natürlich hüteten sie sich dabei sorgfältig, der Öffentlichkeit den gravierenden Inhalt der Schackschen Briefe mitzuteilen, die die Sache nur zu klar darstellen. Indes hat ihnen diese saubere Taktik nicht viel genützt. Herr Schack mußte nach einigen Tagen seinen Posten als Vorsitzender des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes niederlegen und in eine Nervenanstalt gehen. Seine Freunde verbreiteten darauf die Meldung, daß er offenbar infolge Überarbeitung geistig erkrankt sei. Die Nachricht, daß er auch sein Reichstagsmandat niedergelegt habe, stellte sich bald darauf als falsch heraus. Herr Schack soll erklärt haben, daß er dieses Mandat auf alle Fälle behalten will. Seine Parteifreunde scheinen nichts dagegen zu haben, daß diese wurmfische Persönlichkeit wieder ihre Reihen ziert. Daß Herr Schack wirklich den Reichstag wieder betreten könnte, erscheint allerdings ganz undenkbar. Der Wahlkreis Eisenach-Dernbach bietet der Sozialdemokratie gute Aussichten. Sie ist die stärkste der drei dort in Betracht kommenden Parteien und unterlag in der Stichwahl 1907 nur mit etwa 300 Stimmen dem antisemitisch-konservativen Gegner.

Im englischen Parlamente gab es neuerlich eine Debatte über die Flottenrüstungen. Der Premierminister Asquith erklärte dabei sehr entschieden, daß jede Anregung von deutscher Seite zu Verhandlungen über ein deutsch-englisches Abkommen auf gegenseitige Einschränkung des Flottenbaus auf die bereitwilligste Aufnahme bei der englischen Regierung rechnen könne. Sie selbst habe solche Anregungen gemacht. Die Rede ist eine sehr deutliche und freundliche Einladung an Deutschland, eine Verständigung mit England in dieser Frage herbeizuführen. Eine solche Verständigung würde den beiden Völkern die ungeheuerlichen Lasten der Flottenrüstung erleichtern und zugleich die Kriegsgefahr vermindern und den englisch-deutschen Gegensatz erheblich mildern. Das deutsche Volk hat das dringendste Interesse daran, daß die deutsche Regierung die von England gebotene Hand ergreift. Die deutsche Regierung denkt jedoch nicht daran, und die bürgerlichen Parteien stimmen ihr darin zu. Aus dem freisinnigen Lager haben sich zwar einzelne wenige Stimmen für die Verständigung erhoben, aber der Freisinn im ganzen ist weit davon entfernt, etwas dafür zu tun. Dazu ist er schon viel zu sehr militaristisch verweicht. Als Antwort auf dies englische Anerbieten muß eine Rede gedeutet werden, die der Kaiser in Karlsruhe hielt. Es hieß darin, daß es immer Kriege geben werde, daß das deutsche Volk waffen- und kriegsspielfreudig sei und daß es die militärische Rüstung gern und leicht trage. Die Rede war ein schroffes Nein auf die englische Anfrage. Daß Wilhelm II. eine solche Rede halten konnte, die das Verhältnis zum Ausland aufs tiefste beeinflusst, zeigt deutlich, daß das persönliche Regiment wieder in üppiger Blüte steht. Der Novembersturm, der es hinwegfegen sollte, hat nichts bewirkt. Was gar nicht verwunderlich ist angesichts der Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien nicht gewagt haben, die Erregung jener Tage zu einer Revidierung der Reichsverfassung auszunützen.

Die Regierung Frankreichs, das Ministerium Briand, hat eine Amnestie für politische Gefangene ergehen lassen, die sowohl den Antimilitaristen wie den „Königstreuen“ Radaumachern mit dem Häuptling der Selben, Biétry, zugute gekommen ist. Vor allem aber ist dadurch — freilich erst nach einjähriger Haft — der Bauarbeiter Marchal befreit worden, den ein ungeheuerliches Klassenurteil der Geschworenen zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt hatte, weil ein Artikel in der „Guerre Sociale“, dem antimilitaristischen Blatte Hervés, eine Aufreizung zum Ungehorsam enthalten sollte. Marchal war wohl verantwortlicher Redakteur des Blattes, zur Zeit der Veröffentlichung des für strafbar befundenen Artikels aber nahm er an einer militärischen Übung teil. Trotzdem verurteilten ihn nach dem Geheiß des Staatsanwalts die braven Bourgeoisgeschworenen. Ein lebhafter Feldzug in der Arbeiterklasse und in der sozialistischen Presse rüttelte die öffentliche Meinung zugunsten des Opfers der Klassenjustiz auf und zwang einen erheblichen Teil

der bürgerlichen Presse, seine Begnadigung zu fordern. In der „Humanität“ hat Jaurès eine schamlose Infamie der Armeeführung enthüllt. Ein Infanteriehauptmann Gerard, der seinen Dienst stets gut verrichtete, aber sozialistische Gesinnung verriet und deshalb von einem Kameraden angefleht wurde, sollte als geisteskrank im Irrenhaus eingesperrt werden. Die Regierung sucht die Maßregel wahrheitswidrig als durchaus einwandfrei hinzustellen, die bürgerliche Presse sucht den Fall vorläufig zu vertuschen.

In Griechenland gab es eine unblutige Revolte einiger Truppenteile, die von ihren Offizieren geführt wurden. Sie brachte den Sturz des Ministeriums und das Ausscheiden der Prinzen aus ihren bevorzugten Stellungen in der Armee. Das neue Ministerium hat das Programm der Aufständischen angenommen, das Ersparungen in der inneren Verwaltung will, damit Heer und Flotte besser ausgebaut werden können. Die Bewegung entzündete sich an der Kretastrage, die „schwächliche“ Haltung der Regierung rief den Zorn der „Patrioten“ wach. Im Hintergrund der Ereignisse steht also das Streben nach Ausdehnung des Staates, nach Angliederung der in der Türkei wohnenden Griechen. Daneben spielt aber die Empörung über die Lotter- und Günstlingswirtschaft der Hofclique und der Parteiführer mit. Das Bürgertum sympathisiert mit der Bewegung, von der es eine Reform der verderbten Verwaltung und der Parteiverhältnisse erhofft. Die sozialistische Bewegung steckt in Griechenland noch in den allerersten Anfängen, da das Lohnproletariat erst in der Entstehung begriffen ist. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Eine so starke wirtschaftliche Depression, wie sie das Jahr 1908 brachte, erschwert natürlich die Kämpfe der Gewerkschaften für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Schon als im Jahre 1907 die Krise einsetzte, trat eine Abnahme in der Zahl der Lohnbewegungen ein. Es begreift sich, daß der Rückgang im Jahre 1908 ein noch weit erheblicher war. Die dem gewerkschaftlichen Kampfe ungünstigen Verhältnisse, welche die Krise zeitigt, entscheidet nicht bloß über die Zahl der Bewegungen, sondern auch über ihre Art. Während die Kämpfe sich stark verminderten, mittels deren die Ausbeuteten eine Verbesserung ihrer Lage erzwingen wollten, nahm die Zahl der Bewegungen zu, die der Abwehr einer Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen dienten. Mit anderen Worten: der wirtschaftliche Niedergang drängte die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Offensive, dem Angriff, in die Defensive, die Verteidigung. Die Ziffern der Statistik lassen das deutlich erkennen. 1908 wurden 5837 Lohnbewegungen überhaupt verzeichnet gegen 8053 im Jahre 1907. Diese Bewegungen erstreckten sich auf 15758 Orte und 49117 Betriebe mit 742704 Arbeitern und Arbeiterinnen. Ohne Arbeitseinstellung wurden 63,7 Prozent der Bewegungen für 449434 Personen durchgeführt, davon waren 88,9 Prozent erfolgreich. Etwas über die Hälfte, nämlich 51,8 Prozent der gesamten Bewegungen, brachten den Arbeitern Erfolg, 24,4 Prozent endeten mit teilweisem Erfolg und 20,3 Prozent blieben erfolglos. 92091 männliche und 10513 weibliche Arbeitskräfte, die sich auf 55 Verbände verteilten, waren an Lohnkämpfen beteiligt. Die Gesamtausgabe der Verbände für die Unterstützung der Lohnbewegungen betrug 4624325 Mk. (1907 12364082 Mk.). Die Zahl der Angriffstreiks hat sich gegen das Jahr 1907 um 36,3 Prozent und die Zahl der daran beteiligten Proletarier um 21 Prozent verringert. Die Zahl der Abwehrtreiks ist dagegen um 106 Prozent gestiegen und die Zahl der daran beteiligten Personen um 174,7 Prozent. Die Aussperrungen haben bedeutend mehr Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen als im Vorjahr. Sie erstreckten sich auf rund 104700 Personen gegen 60500 im Jahre 1907.

Die Resultate aller Bewegungen zusammen sind Arbeitszeitverkürzung für 59324 Personen in der Höhe von 183751 Stunden pro Woche und Lohnerhöhungen für 236641 Personen im Gesamtbetrag von 365923 Mk. pro Woche; außerdem wurden noch für 175687 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielt. 1860 korporative Arbeitsverträge wurden für 282958 Personen abgeschlossen.

Bezeichnend ist, daß eine Anzahl Abwehrebewegungen sich gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit richten mußte, die von den Unternehmern geplant wurde. Und das in dieser Zeit geradezu erschreckender Arbeitslosigkeit! Die vorliegende Statistik ist ein bebildertes Zeugnis dafür, daß die Gewerkschaften imstande waren, sogar in der Zeit starken wirtschaftlichen Niedergangs nicht nur Lohnverschlechterungen erfolgreich abzuwehren, sondern obendrein nicht zu unterschätzende Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Selbstredend könnten die Verbände in

jeder Hinsicht noch weit größere Erfolge erzielen, wenn nicht so viele Arbeiter und Arbeiterinnen noch immer völlig ihre Klasseninteressen verkennen und indifferent den Gewerkschaften fernbleiben würden. Diese Stumpf sinnigen und Gleichgültigen leisten den Unternehmern unbewußt Vorkampfdienste und ermöglichen es ihnen, die schlimmsten Ausbeutungs- und Scharfmacherpraktiken durchzusetzen.

In der Holzindustrie ist ein größerer Lohnkampf im Gange. In Mannheim und Ludwigshafen drängten die Arbeiter auf den Abschluß eines Tarifvertrags. Die Unternehmer aber wollten die von den Arbeitern gestellten Bedingungen nicht anerkennen und schleppten die Verhandlungen hin. Darauf traten 800 Holzarbeiter und 200 Glaser in den Ausstand. Die Unternehmer planen nun eine große Aussperrung, die sich über ganz Südwestdeutschland erstrecken und in Frankfurt a. M. ihren Anfang nehmen soll.

Der Bauarbeiterstreik in Saarbrücken endete nach fünfzehnwöchigem Kampfe leider mit einer Niederlage der Arbeiter. Schwarze Listen, skrupellose Polizeihilfe für Unternehmer und Streikbrecher und gemeinste Lügen der Kapitalistenpresse haben die Streikenden niedergedrungen. Die Unternehmer selbst empfinden den Ausgang des Kampfes als einen Pyrrhusieg und stellen für die Zukunft Verhandlungen in Aussicht.

Von kleineren Plänkelleien abgesehen, ist es gegenwärtig auf dem wirtschaftlichen Kampfplatz ziemlich still. Erwähnung verdient, daß der Brauereiarbeiterverband eine größere Anzahl lokaler Tarife abschließen konnte. Besonders erfreulich ist dabei die Tatsache, daß für mehr als 30000 Berufsangehörige Ferien tariflich festgelegt wurden. Eine Brauerei in Hannover zahlt ihren Arbeitern außer dem Lohn in der Zeit der Ferien auch noch pro Woche 15 Mk. Extravergütung. Die Brauereien mögen es wohl jetzt in einer Zeit, die recht kritisch für sie ist, nicht noch auf Differenzen mit ihren Arbeitern ankommen lassen.

Im Tabakgewerbe werden täglich weitere Arbeiterentlassungen gemeldet. Der berühmte Biermillionsfonds scheint dagegen nur aus unerreichbarer Ferne den Arbeitern gezeigt zu werden, die durch die geniale Steuerpolitik so schwer geschädigt wurden. So viel ist schon sicher, daß die Steuerbewilligungsmaschine so schnell wie mit dem Hegenimaleins gearbeitet hat, während die Anträge auf Reichsunterstützung mit aller Umsichtlichkeit und Langsamkeit erledigt wurden, deren eine einsichtslose Bureaucratie fähig ist. In der Tagespresse sind dafür drastische Beispiele veröffentlicht worden. Nicht einmal die Behörden wußten, wer von ihnen für die Empfangnahme der Unterstützungsanträge zuständig ist. Die Antragsteller wurde von Pontius zu Pilatus geschickt, und unter diesem anmutigen Spiel verstrich längst die geschliche Frist, in der sie schon im Besitz der Unterstützung sein sollten.

Welche Wirkung die neue Tabaksteuer auch auf die Nebenberufe der Tabakindustrie ausüben kann, wird der Holzarbeiterverband für seine Berufsangehörigen feststellen, die in Zigarrenfabriken beschäftigt sind. Er will dadurch auch für diese Geschädigten die Unterstützung aus Reichsmitteln erwirken.

Die christlichen Gewerkschaften müssen unterdessen ausessen, was ihre Führer im Reichstag eingebrockt haben. Die christlichen Arbeiter verspüren nun am eigenen Leibe die Schwere und Niedertracht des Interessenverrats, dessen sich die leitenden Herren als politische Kulis bürgerlicher Parteien schuldig gemacht haben. Und sie ziehen natürlich genug die Konsequenzen ihrer Erkenntnis. Aus den christlichen Gewerkschaften treten Mitglieder demonstrativ unter Hinweis auf den verübten Arbeiterverrat aus. Dem Anschein nach beginnt dem Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften darob endlich das schwarze Gewissen zu schlagen. Es wehklagt über die Möglichkeit, daß die Ausführungsbestimmungen über den Biermillionsfonds von den unteren Verwaltungsbehörden nicht im Sinne des Gesetzes ausgelegt werden könnten, ja daß sogar die eine Bestimmung eine Handhabe für Lohnreduktion zu geben vermöchte. Ein solcher Versuch zu solchem Mißbrauch liegt tatsächlich vor. Eine Zigarrenfirma, deren Personal streikte, verlangte von einer Behörde, daß diese ihre Arbeiter ausweisen sollte, die um die Reichsunterstützung eingekommen seien. Die Behörde sagte diese Art Streikbrechervermittlung zu, verweigerte sie aber später. Jedemfalls hatte sich die vorgefetzte Instanz ins Mittel gelegt, die durch die Proteste der Arbeiter auf den Skandal aufmerksam gemacht worden war.

Der Maurerverband und der Bauhilfsarbeiterverband veröffentlichten gemäß den Beschlüssen ihrer letzten Verbandstage ein Statut für eine gemeinsame Organisation. Beide Verbände beabsichtigen, sich im Januar 1911 zu verschmelzen. Diese Gewerkschaft soll den Namen „Bauarbeiterverband“ tragen. Die Mitglieder haben zu der Frage und zu dem Statut Stellung zu nehmen, ein gemeinsamer Verbandstag wird das entscheidende Wort sprechen. #

Aus dem Auslande. In New York traten etwa 15000 Schneider in den Ausstand. Sie verlangten den Neunfundentag und 10 Prozent Lohnzuschlag. Nach kurzem Streik wurden die Forderungen für etwa 9000 bewilligt. Die Bauarbeiter in Winterthur streikten schon 12 Wochen. Die Unternehmer suchen besonders in Deutschland Streikbrecher. Die amerikanischen Schiffer auf den Binnenseen, 12000 an der Zahl, streikten. Studenten sollen sich als Streikbrecher versuchen, und Einwanderer werden als solche angeworben versucht. In den Kohlenruben von Siersea und Tenoyl und auf dem Zinnwerk in Kra (Österreich) sind 1900 Arbeiter im Ausstand. Die Maurer in Paris wollen den Generalstreik erklären, um die Abschaffung der Affordarbeit zu erzielen. Im Londoner Hafen ist ein Generalstreik in Sicht, der sich auf etwa 20000 Fahrzeuge erstrecken würde. #

Der Niesenkampf in Schweden ist seit Anfang September in ein neues Stadium getreten. Die Gewerkschaftsvorstände konnten eine Frontänderung beschließen, weil der Generalstreik bereits den kleineren Unternehmern gegenüber erreicht hatte, was sein Zweck war: die Lust an der Taktik der Massenaussperrungen gründlich zu dämpfen. Die vielen Ruhe, die nach einem vermittelnden Eingreifen der Regierung aus der liberalen Partei ertönten, welche in Schweden die Partei des Kleinbürger- und Kleinbauernturns ist, brachten das deutlich genug zum Ausdruck. Das Bedürfnis nach Frieden wurde in den Kreisen der kleinen und mittleren Industriekapitalisten durch die Erkenntnis ausgelöst, daß ein längerer Kampf ihren sicheren Ruin bedeuten würde. So kam es am 1. September zwischen den Gewerkschaften und den Vereinigungen der Unternehmer, die nicht dem „Schwedischen Arbeitgeberverband“ angehören, zu einem Übereinkommen, nach dem die Arbeiter und Arbeiterinnen in den betreffenden Betrieben wieder an ihre Beschäftigung zurückkehrten. Etwa 100000 Streikende wurden damit aus dem Kampfe zurückgezogen, in dem zirka 75 Prozent der industriellen Gesamtarbeiterschaft Schwedens fünf Wochen lang ausgehalten hatten, ohne daß ein Abflauen, eine Fahnenflucht von Bedeutung eingetreten wäre. Und das ohne regelmäßige Unterstützung, mit einem unvergleichlichen Opfermut, mit einer heldenhaften Tapferkeit und muster-gültigen Disziplin. Von den hunderttausend Darbenden, ja Hungernen war nur den Bedürftigsten materielle Hilfe zuteil geworden, und wer es irgend vermeiden konnte, der hatte willig das Äußerste an Not ertragen, um nicht zu den Bedürftigsten gerechnet zu werden. In dem die Gewerkschaftsleitung das Gefechtsfeld beschränkte, erreichte sie zweierlei. Sie konnte die ganze Macht des Kampfes gegen den Arbeitgeberverband richten, die Organisation der großindustriellen Scharfmacher par excellence, die Seele der Aussperrungstaktik großen Stils. Sie nahm der Regierung jeden Vorwand für ihre gesetzwidrige Weigerung, vermittelnd in den Kampf einzugreifen. Dieser ist seither von etwa 150000 Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Betätigung der alten hohen Tugenden weitergeführt worden. Und er hat bereits Erfolge erzielt: die Regierung hat endlich eine Vermittlungskommission ernannt, und der Arbeitgeberverband hat sich bedingungslos zum Unterhandeln bereit erklärt. Wenn man dieses Zugeständnis an die Macht der Arbeiterklasse richtig schätzen will, so muß man sich die ausgeführte arbeitertreue Haltung vergegenwärtigen, welche die Regierung betätigt hat. Geradezu schamlos offenerzig hat sie sich als die Regierung des Arbeitgeberverbandes erwiesen. Diesem zuliebe ist sie ebensowenig vor Verdrehung des Sachverhaltes, wie vor brutaler Vergewaltigung von Recht und Gesetz zurückgeschreckt, kurz sie hat sich keine Gelegenheit entgehen lassen, um sich als die Regierung eines Klassenstaats zu erweisen. Wessen dieser fähig ist, das hat die Ausweisung des norwegischen Genossen Puntervold und die Verurteilung des Genossen Gustafsson zu zwei Monaten Zuchthaus auch den Schwachlichsten gezeigt. Genosse Puntervold hatte sich durch seine wahrheitsgetreuen Berichte den Scharfmachern „lästig“ gemacht, Genosse Gustafsson das „Verbrechen“ begangen, in einer Demonstrationsversammlung die Eisenbahner zum Streik aufgefordert zu haben. Noch über die Gewalten des Klassenstaats hinaus hat der Massenstreik bestätigt, daß in dem Kampfe zwischen Arbeit und Kapital „ein Hüben und Dräben nur gilt“. Das liberale Blatt „Stockholmslidningen“ setzte Knall und Fall die Kunstkritikerin vor die Tür, weil sie mit dem Fehler behaftet war, die Frau des Genossen Branting zu sein! Frau Branting hatte seit 17 Jahren für das Blatt geschrieben! — Das klassenbewusste Proletariat Deutschlands darf und wird in der ehrenvollen Bekundung seines Solidaritätsgefühls nicht erlahmen. Es gilt, den tapferen Kämpfern und Kämpferinnen für das Recht der Arbeit das Ausharren bis zu einem guten Ende zu ermöglichen.

Berichtigung. In dem Artikel „Die weibliche Mitgliederzahl der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908“ („Gleich-

heit“ Nr. 25) hat der Druckfehlerteufel die im Buchbinderverband organisierten Arbeiterinnen übersehen. Laut Nr. 6 der „Statistischen Beilage“ des „Korrespondenzblattes“ Nr. 34 bezifferte sich ihre Zahl im Jahresdurchschnitt 1908 auf 9256. Da die Gesamtzahl der Arbeiter, die in demselben Zeitabschnitt dem Verband angehörten, sich auf 21978 belief, so bildeten die weiblichen Mitglieder einen recht beachtenswerten Prozentsatz. Wir bitten unsere Leserinnen, die oben angeführten Zahlen dem Artikel einzufügen.

Genossenschaftliche Rundschau.

Wie in der vorigen Rundschau schon kurz erwähnt wurde, hielt der Allgemeine Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften im August seinen 60. Genossenschaftstag ab. Dieser Genossenschaftstag selbst leistet von jeher wenig positive Arbeit. Er hat mehr formale Bedeutung. Die Leitung des Verbandes, an deren Spitze der freisinnige preussische Landtagsabgeordnete Dr. Crüger steht, und die Ausschüsse arbeiten Anträge, Beschlüsse aus, und bereiten in jeder Beziehung alles bis zum Abstimmenden vor. Die Debatten sind gering, die meisten der dahintommenden Delegierten benützen den Genossenschaftstag zu der jährlichen Bade- und Erholungsreise. Es ist kein Zufall, daß dieser Kongreß immer in Kurortgegenden abgehalten wird. Früher, als auch die deutschen Konsumvereine in diesem Verband — der viele verschiedene Genossenschaftsarten umfaßt — ihre verbindende Organisation hatten, gab es oft lebhaftere Debatten, die den inneren Gegensatz zwischen den Konsumvereinen der Arbeiter und den Methoden bürgerlicher Genossenschaftspolitik stark hervortreten ließen. Seit 1902, da es in Kreuznach zum Bruch kam, hat der Allgemeine Verband wieder die ersehnte Ruhe; die Konsumvereine gehen, zu ihrem großen Nutzen, ihre eigenen Wege.

Von den Versammlungen und Beschlüssen haben nur einige allgemeines Interesse. Den Handwerker-genossenschaften werden für solide Geschäftsgebarung in einer Resolution Grundsätze auf den Weg gegeben, in denen das Verhältnis zu den produzierenden Genossenschaften berücksichtigt ist. Auch die Baugenossenschaftsfrage beschäftigte den Kongreß nach einer bestimmten Richtung. Daraus ging hervor, daß man den Bestrebungen auf sogenannte Mietverlustversicherungen nicht sehr freundlich gegenübersteht. Man befürchtet unter anderem von ihr auch Steigerung der Wohnungsmieten. Den Berufsgenossenschaften wurden Ratschläge zur Regelung der Kompetenzen innerhalb der Verwaltung erteilt, die nur spezielles Interesse haben.

Ein Referat über sachgemäße Leitung und Betrieb einer Genossenschaft enthielt Hinweise, die für Verwaltungen aller Genossenschaften, auch für die der Arbeiter, Beachtung verdienen. Der Referent führte aus, daß die Entwicklung des Genossenschaftswesens sehr erhebliche Anforderungen an die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats stellt. Hierfür sei die Selbstbelehrung unerlässlich. Der Allgemeine Verband stelle dazu reiches Material zur Verfügung. Außerdem müsse jede Genossenschaft mindestens über ein bürgerliches Gesetzbuch, ein Handelsgesetzbuch und eine Wechselordnung verfügen. Größere Genossenschaften sollten aber möglichst alle bekannteren Werke über Genossenschaftswesen besitzen. Dringend erforderlich sei nicht nur ihre rege Benützung durch Vorstand und Aufsichtsrat, sondern namentlich auch durch jüngere Beamte, die zukünftigen Leiter der Genossenschaften. Gerade diesen sollten sie eine tüchtige Kenntnis des Genossenschaftswesens und seiner Geschichte vermitteln.

Die Verhandlungen über die Konsumvereine bieten nichts Besonderes. Die aufgestellten Grundsätze über eine gesunde Geschäftsgebarung werden auch im Zentralverband deutscher Konsumvereine längst propagiert. In dieser Beziehung stimmen beide Verbände im wesentlichen überein. Der Kongreß behandelte weiter die „Vertrufung“ der Konsumvereine; eine total falsche Bezeichnung der Tendenz, kleine Genossenschaften zu größeren zu vereinigen. Es hieß dazu, die „Vertrufung“ einzelner Konsumvereine „über ihre natürlichen wirtschaftlichen Grenzen hinaus“ sei nicht gutzuheißen. Bei dieser Gelegenheit steckte Herr Dr. Crüger wieder den Vorstandsrat heraus, der den Konsumvereinen dort Grenzen ziehen will, wo sie allzu auffällig über den Rahmen besserer Krämerien hinausgehen. Er führte aus, daß sich hier in der Tat „zwei wirtschaftliche Weltanschauungen“ gegenüberständen. Der Allgemeine Verband mache den Weg zu einer „Sozialisierung der Wirtschaftsordnung“ nicht mit. Er lehne eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel ab. Die Gründung der Bezirkskonsumvereine sei ein kleines Glied in der Kette solcher Bestrebungen. Die Bezirksvereine sollten nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Das Ziel der anderen Genossenschaftsrichtung sei das Aufgehen aller

Konsumvereine in die Groß-Einkaufsgesellschaft in Hamburg. Die Tendenz zu einem solchen „Genossenschaftsstaat“ lehne er ab. „Wir befürchten von einer wirtschaftlichen Zentralisation die Beseitigung der Selbständigkeit der einzelnen Genossenschaften und wir lehnen diese wirtschaftliche Zentralisation daher ab.“

Viel Worte und wenig Sinn. Die Angst vor dem „modernen Genossenschaftsstaat“ ist gänzlich unbegründet. Der moderne Konsumvereinsbewegung fällt es auch nicht ein, die „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ herbeiführen zu wollen. Da würde sie sich zuviel zutrauen. Die Ausführungen Erügers zeigen, daß er die alte Befangenheit gegenüber moderner Entwicklung im Wirtschaftsleben nicht los werden kann. — Es wurde ein Beschluß in seinem Sinne gefaßt.

Schließlich sprach sich der Genossenschaftstag noch gegen das neuerdings beobachtete Bestreben aus, besondere Fach- oder Standeskreditvereine zu gründen. Besonders bei den Hausbesitzerorganisationen ist das bemerkt worden. — Die übrigen Vorgänge auf dem Genossenschaftstag interessieren hier nicht.

Der sozialdemokratische Parteitag in Leipzig beschäftigte sich am Schluß unter anderem auch kurz mit dem Genossenschaftswesen. Ein Antrag des Kreises Teltow-Beskov verlangte, daß auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags auch das Genossenschaftswesen gesetzt werde. Schon dem Nürnberger Parteitag lagen einige derartige Anträge vor, die damals der Parteivorstand überwiesen erhielt. Diesmal sprachen sich drei Redner für den Antrag aus, der dann dem Parteivorstand nicht schlechthin, sondern „zur Berücksichtigung“ überwiesen wurde. In der Tat erscheint die Erörterung des Genossenschaftswesens auf einem Parteitag dringend nötig im Interesse der Partei sowohl als der Konsumvereine. Das wurde schon im vorigen Jahre in der „Neuen Zeit“ ausführlicher dargetan. Seit dem Parteitag in Hannover (1899), der zuletzt Stellung zum Genossenschaftswesen nahm, sind große Veränderungen eingetreten. Damals gab es eine selbständige Konsumvereinsbewegung noch nicht. Eine solche besteht erst seit 1902, und sie hat bereits so enorme Fortschritte gemacht, daß heute für sie vom Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung aus ganz andere Perspektiven gegeben sind als damals. Der Parteivorstand wird deshalb gut tun, nunmehr dem Wunsche des Parteitags Rechnung zu tragen.

Der Kreisaußschuß in Dresden hat die Umsatzsteuer verworfen, die von den städtischen Kollegien beschlossen worden war und durch die die Konsumvereine und eine Anzahl Warenhäuser und Privatgeschäfte enorm belastet worden wären. Aber diese Entscheidung ist natürlich große Betrübniß bei allen Mittelstandskämpen. Der Dresdener Rat wird die Angelegenheit noch vor das Ministerium bringen; nützen wird es ihm wahrscheinlich jedoch nichts.

Nach dem Jahrbuch des Niederländischen Genossenschaftsbundes für 1909 zählte der Bund im Jahre 1908 106 angeschlossene Genossenschaften mit 52 791 Mitgliedern und 11 412 000 Markt Warenumsatz. Die Entwicklung des Niederländischen Genossenschaftsbundes, dessen Gründung durch 14 Genossenschaften am 24. November 1889 erfolgte, war bis zum Jahre 1906 eine äußerst langsame. In einem Zeitraum von 16 Jahren hatten 64 Genossenschaften die Mitgliedschaft erworben. Erst dann setzte eine lebhaftere Entwicklung ein. So verzeichnete der Bund für das Jahr 1906 eine Zunahme von 26 neuen Genossenschaften. Der größte Teil der Verbandsgenossenschaften besteht aus kleinen Vereinen. Nur neun haben über 1000 Mitglieder, und unter diesen sind die beiden größten der Konsumverein Eigen Gulp im Haag mit 8614 Mitgliedern und der Konsumverein, Brotbäckerei und Krankenkasse De Volharding im Haag mit 8720 Mitgliedern und 1123 590 Mt. Warenumsatz. Der Niederländische Genossenschaftsbund ist eine selbständige und neutrale Verbandsorganisation. Er umfaßt also nur einen Teil der niederländischen Genossenschaften, besonders auch nicht die sozialdemokratischen.

Ein internationaler Kongreß für landwirtschaftliches Genossenschaftswesen soll gelegentlich der Weltausstellung in Brüssel im September 1910 stattfinden. Dem Kongreß liegt der Gedanke zugrunde, daß in den einzelnen Ländern große Organisationen der Landwirtschaft bestehen, von deren Einrichtungen und Erfolgen man in den anderen Ländern keine Kenntnis hat. Es soll daher ein Bild der landwirtschaftlichen Organisationen der ganzen Welt entworfen werden. Die Behandlung technischer Fragen gehört nicht in das Programm des Kongresses. Für internationale landwirtschaftliche Statistik, für Ausstellungen und die genossenschaftliche Fachpresse soll eine internationale Organisation geschaffen werden.

H. Fl.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Ferienfreuden der Dienstmädchen. Alljährlich, wenn die sommerliche Reisezeit beginnt und die Damen der Bourgeoisie für einen standesgemäßen Kurusaufenthalt im Gebirge oder an der See rüsten, hebt für die Dienstmädchen eine schlimme Zeit an. Vielfach werden sie vor der Sommerreise entlassen und sind dann gewöhnlich bis zum Herbst stellenlos. So manches alleinstehende Mädchen, das nicht bei nahen Angehörigen Zuflucht suchen kann, fällt in dieser Zeit der Prostitution anheim. Diejenigen Hausfrauen aber, welche eine tüchtige Kraft behalten wollen und sie nun notgedrungen während der Ferien beschäftigen müssen, halten es nicht selten für ihr gutes Recht, den Mädchen für diese Zeit das Kostgeld so knapp wie möglich zu bemessen, während sie selbst für sich und die Ihrigen auf ihrer Vergnügungstour das Geld mit vollen Händen ausstreuen. Diese schäbige Knauserie der Hausfrauen — die letzte Nummer der „Gleichheit“ hat erst wieder Belege dafür veröffentlicht — ist eine alte Klage der Dienenden, die bekanntlich auch sonst meist nicht gerade üppig ernährt werden. Eine ständige Nubrit in den bürgerlichen Hausfrauenzeitungen bilden die Einsendungen, in denen billige Gerichte aus allerlei Abfällen für Dienstboten empfohlen werden. Ein Beispiel vom Sparsinn einer Gnädigen, der der Titel ihres Mannes nach dieser Richtung eigentlich eine gewisse Reserve auferlegen sollte, berichtet kürzlich die „Freiberger Volkszeitung“. Die Frau Kirchenrat Haesselbarth in Freiberg begab sich in das Gasthaus „Zur goldenen Pforte“, um für ihr Dienstmädchen während ihrer Abwesenheit das Essen zu bestellen. Sie wollte für die Mittagskost — ganze 20 Pf. anlegen. Die Wirtin erklärte ihr, daß sie für 20 Pf. kein Mittagessen liefern könne; der niedrigste Preis sei 30 Pf. Die Frau Kirchenrat konnte sich aber nicht entschließen, 30 Pf. anzulegen und ging unverrichteter Sache wieder fort. Welch Glück, einer Gnädigen zu dienen, die in so hervorragender nobler Weise die Leistungen derjenigen lohnt, die ihr tagaus tagein in mühseliger Aschenputtelarbeit vom frühen Morgen bis in die Nacht häusliche Bequemlichkeit schaffen hilft! M. Kl.

Wie verbesserungsbedürftig die Lage der Dienstboten in Stuttgart ist, dafür wieder einige Beispiele. Wir kennen einen „guten“ Haushalt, in welchem die Dame dem Mädchen das Fleisch auf dem Teller herausgibt, den sie selbst vorher benutzt hat. Wie will man in bezug auf Reinlichkeit große Ansprüche an Mädchen stellen, die von den Damen derartig unappetitlich behandelt werden? Trefflich verziehen es die Damen durch allerhand Kniffe, den Mädchen das Essen zu schmälern. Ein Herr bekam eine anonyme Zuschrift, die die Beschuldigung enthielt, daß sein Mädchen hungern müsse. Er ordnete deshalb an, daß dieses mittags sein Fleisch vom Tisch der Herrschaft holen solle. Jedesmal fragt er dann: „Marie, haben Sie genug Essen draußen?“ Er glaubt, so sein Möglichstes zu tun, denn „er will absolut nicht haben, daß bei ihm jemand hungern muß“. Wie sieht es aber mit dem Fleisch aus, das das Mädchen erhält? Die „sparsame“ Dame weiß sich zu helfen; sie gibt dem Mädchen Knochen, die von der Ferne den Anschein erwecken, als wäre viel Fleisch daran. Daß viele Herrschaften für Dienstboten minderwertigen Kaffee, Tee und Zucker kaufen, ist allgemein bekannt. Wie raffiniert die „Damen“ im Ausdenken von Mitteln sind, den Mädchen etwas abzusparen, erkennt man an einem „guten“ Rat, den eine Hausfrau seinerzeit in einem Familienblatt gab. Die noble Dame schämte sich nicht zu schreiben: „Durch das Auslöchen der Wursthäute bekommt man noch eine gute Suppe für Dienstboten.“ Wir wissen, daß in mehr als einer Stuttgarter Familie die Mädchen nach ähnlichen Rezepten belästigt werden. Wenn eine Statistik darüber aufgestellt würde, wie viele Dienstmädchen durch Hunger veranlaßt werden, sich an fremdem Gut zu vergreifen, so lämen jedenfalls sehr interessante Resultate heraus. Wie viele Dienende werden magen- und darmleidend, weil sie das Essen meist kalt bekommen und keine Ruhe haben, es einzunehmen. Die Zimmermädchen sind in dieser Beziehung am übelsten daran; immer wieder müssen sie vom Essen fort, um für die „Gnädige“ dies und das zu tun.

Wer Gelegenheit hat, einen Blick hinter die Kulissen des bürgerlichen Haushalts zu tun, der kann auch erfahren, wie es in mancher angesehenen Familie mit der „Erziehung“ der Mädchen durch die Herrschaft ausfiehet. Da ist die Frau eines Großkaufmanns, die mit einer gehörigen Dosis Sparsamkeit gefegnet ist und nach dem Ruhm trachtet, unvergleichlich billig einzukaufen. Daß sie dabei weniger nach der Qualität der Einkäufe fragt, paßt dem Hausherrn nicht. Er hat der Köchin Anweisung gegeben, die minderwertigen Gemüse in den Kehrichteimer zu werfen. Daß der Mann einer solchen Frau

dem weiblichen Geschlecht nicht die Fähigkeit zutraut, sich im öffentlichen Leben zu betätigen, ist nicht verwunderlich. Die nämliche Hausfrau aber, die nicht genug Sparsamkeit beim Einkaufen predigen kann, kümmert sich nicht darum, daß ganze Körbe Obst verderben. Dem Hauspersonal gönnt die Dame natürlich nicht, daß es sich einmal recht satt an Obst essen könnte. Da die Köchin beim Einkaufen von Gemüse, Rahm usw. nicht über bestimmte sehr niedrige Beträge hinausgehen darf, muß sie nicht selten aus ihrer Tasche zulegen, um nach Hause zu bringen, was gebraucht wird. Um wieder zu dem Früheren zu kommen, schlägt sie dann diese Ausgaben zu anderen Ausgaben, die nicht so streng kontrolliert werden können. Geseht der Fall, daß dies doch einmal geschieht, steht das Mädchen unter dem Verdacht des Betrugs, davon abgesehen, daß es durch ihre „Finanzoperationen“ leicht zu schlechten Gepflogenheiten kommen kann. Ähnliche Verhältnisse ließen sich noch in großer Zahl schildern. Sie rücken die Notwendigkeit in helles Licht, daß die Hausangestellten sich organisieren, um Mißstände zu bekämpfen, die ihre Lage unwürdig gestalten und sich mit dem Bewußtsein ihres Rechts als Menschen und des Wertes ihrer Arbeitsleistungen nicht vertragen. a. l.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens.

Die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft werden durch Zahlen beleuchtet, die in den letzten Jahresberichten der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten enthalten sind. Für die Arbeiterklasse ist es von hoher Wichtigkeit, diese Entwicklungstendenzen zu kennen, denn sie zeigen ihr, daß die materiellen Grundlagen für ihre Befreiung bereits in der kapitalistischen Produktionsweise geschaffen werden und an Ausdehnung und Stärke gewinnen. Sie schöpft also Siegeszuversicht aus dem Wissen darüber, in welcher Richtung die wirtschaftliche Entwicklung sich vollzieht. Diese Entwicklung geht nach dem Bericht auch in Bayern genau den Weg, den Marx aufgezeigt hat. Wir finden die Konzentration der Betriebe, das Überhandnehmen der Großbetriebe auf Kosten der kleinen, der handwerklichen Unternehmen. So hat sich die Zahl der Betriebe, die der Gewerbeaufsicht unterstellt waren, gegen das Vorjahr um 523 vermindert, während gleichzeitig die Arbeiterzahl von 676 353 auf 682 938 stieg. Eine absolute Verminderung der Anzahl der Betriebe ging also mit absoluter Zunahme der Arbeiterzahl Hand in Hand. Das heißt nichts anderes als fortschreitende Konzentration der großen Unternehmen. Klar zeigt sich das Unterliegen der Handwerksbetriebe im Kampfe mit dem Fabrik- und Großbetrieb in den folgenden Zahlen. Die Fabrikbetriebe sind von 8101 auf 8823 angewachsen, während die Handwerksbetriebe von 97 343 auf 96 598 gesunken sind. An diesen Zahlen läßt sich nicht deuteln. Dem kämpfenden Proletariat kann dieser Nachweis des einen objektiven (in den Dingen begründeten) Stützpunktes ihrer „Voraussetzungen“ nur willkommen sein. Würde die Entwicklung stillstehen oder sich gar in umgekehrter Richtung bewegen, das heißt würden sich die Kleinbetriebe behaupten oder den Großbetrieb verdrängen, so hieße das nichts anderes, als daß die Vergesellschaftung, die Sozialisierung der Produktionsmittel unmöglich sei. Diese Vergesellschaftung ist aber die wichtigste ökonomische Voraussetzung der sozialistischen Gesellschaft, die das Proletariat erstrebt.

Die vom Bericht der bayerischen Gewerbeinspektion festgestellte Entwicklung ist auch von besonderem Interesse für die proletarischen Frauen. Zu ihren hervorsteckendsten Begleiterscheinungen gehört die steigende Verwendung der weiblichen Arbeitskraft in der Industrie. Konzentration der Unternehmen, steigende Herrschaft des Großbetriebs besagt zunehmende Verwendung und Verbesserung von Kraft- und Werkzeugmaschinen, von Arbeitsverfahren, die auf der Erkenntnis und Beherrschung der Naturkräfte und Naturgesetze beruhen, die wie die Maschinen praktisch angewandte Wissenschaft sind. Damit wird die technische Möglichkeit immer größer, Frauen neben den Männern und an Stelle von Männern zu verwenden. Die Not in der Arbeiterfamilie und die Profitgier der Unternehmer sorgen dafür, daß diese Möglichkeit ausgenutzt werden muß. Daß dies auch in Bayern der Fall ist, haben die Zahlen dargelegt, die wir bereits früher veröffentlicht haben. Verwendung der Frau in der kapitalistischen Industrie ist aber gleichbedeutend mit ihrer Ausbeutung. So predigen die Berichte der bayerischen Gewerbeinspektion den Proletarierinnen die Notwendigkeit, auf der ganzen Linie, gewerkschaftlich und politisch, den Kampf aufzunehmen. So stärken sie aber auch die Überzeugung von dem unaufhaltsamen Siege in diesem Kampfe. b. th.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Von der sozialdemokratischen Frauenbewegung in Oesterreich. Dem Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, der am 19. September in Reichenberg zusammengetreten ist, liegt ein Bericht des Frauenreichskomitees vor, der von einer erfreulichen Entwicklung der sozialdemokratischen Frauenbewegung zeugt. Allerdings mit den Erfolgen der deutschen Genossinnen kann sie sich nicht messen. In Betracht kommt ja, daß wir in Oesterreich noch immer nicht das Recht haben, uns in politischen Vereinen zu organisieren. Das was wir politische Frauenorganisation nennen, ist eine sogenannte freie Organisation, ohne behördlich genehmigte Statuten. Die Mitgliederzusammenkünfte finden nach § 2 des Versammlungsgesetzes statt, das heißt auf Grund von Einladungen, die auf den Namen des einzelnen lauten müssen. Nach ihrer Geschäftsgebarung ist diese freie Organisation einem Verein sehr ähnlich. Die Mitglieder leisten bestimmte Monatsbeiträge von 30 bis 70 Heller. Jede örtliche Organisation hat eine Obmannin, eine Kassiererin und eine Schriftführerin. Von den Mitgliedsbeiträgen werden die Beiträge an die Parteivertretung, an das Frauenreichskomitee und an die lokalen Parteiorganisationen entrichtet. Bis Ende Juni ds. J. hatten wir 82 Organisationen mit 6412 Mitgliedern.

Einen besonders kräftigen Aufschwung hat die sozialdemokratische Frauenbewegung in Deutsch-Böhmen genommen. Im November hat in Wodenbach die deutsch-böhmische Frauenkonferenz getagt, und seither haben schon Bezirkskonferenzen in Gablonz, Aussig, Wodenbach und Reichenberg stattgefunden. Die Genossinnen Deutsch-Böhmens arbeiten so fleißig und tüchtig, daß die besten Hoffnungen auf Erfolg gerechtfertigt scheinen. Aber die erste Frauenkonferenz für Schlesien, die kürzlich in Jägerndorf stattfand, hat die „Gleichheit“ in letzter Nummer berichtet. Vor zehn Monaten wurde in Schlesien die erste politische Frauenorganisation gegründet, heute bestehen solche in sechs Orten mit 430 Mitgliedern, und neue Gruppen sind in der Bildung begriffen. Wir haben jetzt in den österreichischen Kronländern Zentralvertrauenspersonen: in Mähren, Böhmen, Niederösterreich und Schlesien. Alle arbeiten im Einvernehmen mit dem Frauenreichskomitee. Die „Arbeiterinnen-Zeitung“ ist überall obligatorisch eingeführt und hat derzeit eine Auflage von 16 000 Exemplaren. Der Bericht der Parteivertretung an den Parteitag hebt hervor, daß die Krise die „Arbeiterinnen-Zeitung“ ganz unberührt gelassen hat und sagt, daß dies sowohl der eifrigen Agitation der Genossinnen im ganzen Reiche, als auch der Einführung der Jugendbeilage zuzuschreiben ist. Seit 1. Januar ds. J. hat die „Arbeiterinnen-Zeitung“ 2000 neue Abonnenten gewonnen, was in Anbetracht der sehr schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gering angeschlagen werden darf. — Dem Parteitag unterbreiten die Genossinnen zwei Anträge. Der eine verlangt, der Parteitag möge die Parlamentsfraktion beauftragen, den schon zweimal gestellten Antrag auf Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen erneuern und versuchen, ihn zur Diskussion zu bringen. Des weiteren, daß auch die sozialdemokratischen Vertreter in den Landtagen und Gemeinden nachdrücklichst das Frauenwahlrecht verlangen sollen. Ein zweiter Antrag fordert, daß die Fraktion einen energischen Kampf gegen das reaktionäre Vereinsgesetz aufnehmen soll, um vor allem auch die Bestimmung zu beseitigen, daß „Frauenspersonen“ und Minderjährige nicht Mitglieder politischer Vereine sein dürfen. (§ 30.) Durch Versammlungen und durch die Presse soll die Aktion der Fraktion unterstützt werden. — An der Änderung des Vereinsgesetzes ist die ganze Sozialdemokratie interessiert, denn auch die Parteiorganisation muß sich außerhalb des Vereinsgesetzes vollziehen. Dürfen doch politische Vereine nicht miteinander in Verbindung treten, und alle Männer unter 24 Jahren müssen von der Mitgliedschaft ausgeschlossen bleiben. Die Beratung über die Parteiorganisation auf dem Parteitag wird dazu beitragen, daß der Organisation der Frauen noch mehr Aufmerksamkeit zugewendet wird als jetzt schon. Denn tatsächlich gewinnt unter den Parteigenossen die Anschauung immer festeren Boden, daß die Gewinnung der Frauen für die proletarischen Kämpfe und Ziele eine unerläßliche Notwendigkeit ist. Der Parteitag wird auch noch einmal zur Sozialversicherung Stellung nehmen. Über die Forderungen der Frauen wird ein eigenes Referat erstattet. Am 3. November wird es ein Jahr, seit das Ministerium Weck das Gesetz zur Sozialversicherung eingebracht hat. Eine Alters- und Invaliditätsversicherung wurde damit den Arbeitern in Aussicht gestellt. So anscheinbar die Regierungsvorlage auch in fast allen ihren Teilen ist, so bedeutet sie doch eine Grundlage, auf der weiter

gekämpft werden kann. Die so oft in Thronreden und Regierungserklärungen angekündigte Alters- und Invaliditätsversicherung verstaubt aber seit vielen Monaten in einem Ausfchuss. Die Parteien im österreichischen Parlament haben keine Zeit, Gesetze zu beraten, die dem Volke notwendig sind. Sie sind mit der „Lösung“ der „nationalen Frage“ beschäftigt. Die Deutsche! Die Slaven! heißt die Losung. Darüber lassen sie die dringendsten Forderungen des werktätigen Volkes vermodern und schließlich auch das Parlament verpumpfen. Da ist es notwendig, daß der Parteitag Stellung nimmt, und daß die Arbeiter und Arbeiterinnen zeigen, daß sie nicht gewillt sind, ihr Recht preiszugeben um der Liebhabereien und nationalen „Sorgen“ der bürgerlichen Politiker willen. Die proletarischen Frauen werden insbesondere eintreten für Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz und für die Witwen- und Waisenversorgung. Nach dem Parteitag wird eine kräftige Agitation unter den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen einsehen, um sie in großen Scharen der Organisation zuzuführen. Die Volksfeindlichkeit und Volksverräterei der bürgerlichen Abgeordneten wird auch den Proletarierinnen lehren, wo sie hingehören. a. p.

Die Frau in öffentlichen Aemtern.

Die Verwendung von Frauen bei der Armenpflege in Bayern wird einen guten Schritt vorwärts tun. Am 7. August ds. Jrs. hat das Staatsministerium des Landes einen Erlaß veröffentlicht, der sich auf die Mitwirkung der Frauen bei der Armenpflege bezieht. Es heißt darin: „Die günstigen Erfahrungen, die insbesondere in außerbayerischen Gemeinden mit der Mitwirkung von Frauen bei der öffentlichen Armenpflege gemacht worden sind, lassen es wünschenswert erscheinen, daß auch die Gemeindebehörden und Armenpflęgschafträte in Bayern dieser Mitwirkung in weitergehendem Maße sich bedienen.“ Nachdem der Erlaß die gesetzlichen Bestimmungen über die Armenpflege erläutert hat, betont er, daß auch jetzt schon die Möglichkeit besteht, für ganze Gemeinden oder einzelne Gemeindebezirke Hilfspflegerinnen mit einem näher zu bezeichnenden Wirkungsbereich anzustellen. Allerdings zunächst ohne daß ihnen amtliche Eigenschaften zuerkannt werden. Diese Hilfspflegerinnen seien zu den Sitzungen der Armenpflęgschafträte mit beratender Stimme zuzuziehen. Der Erlaß erklärt noch: „Eine Mitarbeit der Frauen wird insbesondere da zu veranlassen und erfolgreich sein, wo es sich um eine Unterstützung oder Verpflegung bedürftiger weiblicher Personen oder von Kindern handelt, oder wo ein Eingreifen durch Notstände veranlaßt wird, die auf eine mangelhafte Haushaltsführung zurückzuführen sind, überhaupt in allen Fällen, in denen nach der Natur der Sache eine Frau ein größeres Verständnis mitbringt und daher auch mehr Vertrauen und Erfolge zu erwarten hat als der Mann.“ Zum Schluß wird den Armenpflęgschafträten nahegelegt, von dieser Neuerung Gebrauch zu machen und über die eventuell gemachten Erfahrungen an das Staatsministerium zu berichten.

Die Frauen Erlangens wendeten sich, gestützt auf diesen Erlaß sofort neuerlich in einer Eingabe an den Magistrat, um die Aufstellung von Hilfspflegerinnen zu fordern. Der Armenpflęgschaftrat erwies sich diesmal als belehrt und belehrt. Er anerkannte die Berechtigung der Forderung, indem er sofort für zwei Stadtbezirke je vier Frauen als Helferinnen wählte. Unter ihnen befinden sich zwei Genossinnen. Mit dieser Entscheidung ist den Frauen Erlangens ein Tätigkeitsfeld in der Gemeinde eröffnet worden, das sie sicherlich mit besten Erfolgen bearbeiten werden. a. r.

Verschiedenes.

Bürgerliches Wohlthun und Gefinnungsflaberei. Der Kreuznacher Frauenverein veranstaltete in diesem Sommer ein Wohlthätigkeitsfest. In Verkaufsbuden und an Schenktischen war den „besseren“ Frauen und „höheren“ Töchtern Gelegenheit geboten, als Verkäuferinnen und Wirtinnen in eleganten Toiletten zu glänzen und sich zum Besten der Armen — zu unterhalten. Das tat denn auch die „opferbereiten“ Damen nach Kräften, und der Erfolg blieb nicht aus. Einige tausend Mark, die sie auf diese ebenso billige wie amüsante Weise zusammengefochten hatten, kamen nach Abrechnung der nicht unbedeutlichen Kosten dieser Veranstaltung den Armen zugute. Die edlen Wohlthäterinnen aber lohnte der offizielle Dank des Herrn Bürgermeisters, wie dies schwarz auf weiß im „Öffentlichen Anzeiger“ zu lesen stand. So kam anscheinend jeder auf seine Rechnung: die wohlthätigen Frauen zu Vergnügen und öffentlichem Lob, die hilfbedürftigen Armen zu Unterstützung. Allerdings war bei der Austeilung der Hilfe nicht das schöne Weispiel des Herrn lebendig, der da seine Sonne scheinen läßt über Gute und Böse und läßt regnen über Gerechte und Ungerechte.

Die Damen, die dem Kreuznacher Frauenverein angehören, sind nämlich nicht bloß wohlthätig, sondern auch — gefinnungstüchtig. So tanzen und flirten, so unterhalten und opfern sie sich, aber nur für Notleidende, die eine patriotische Gefinnung oder auch — gar keine Gefinnung bekunden. Erst das bürgerliche Interesse an geistiger Stumpfheit, dann die christliche Barmherzigkeit! Wir beweisen das. In einer kinderreichen Proletarierfamilie war die Mutter erkrankt und sollte zwecks Operation ins Spital. Damit die Kinder nicht jeder Aufsicht und Pflege bar verwahrlosten, hatte der Frauenverein eine Unterstüßung zugesagt, die es ermöglichen sollte, zur Führung der Hauswirtschaft und Pflege der Kinder eine Frau anzustellen. Als es aber an den Tag kam, daß die Familie eine sozialdemokratische Überzeugung bekundete und „sogar“ die sozialdemokratische Presse las, wurde ihr von einer evangelischen Gemeindefchwester bedeutet, sie könne nur dann auf die nötige Hilfe rechnen, wenn sie ihre Gefinnung aufgeben würde. Vor die Alternative gestellt, ihre Kinder schutz- und hilflos verkommen zu lassen oder ihrer Überzeugung untreu zu werden, wählten die bedrängten Eltern das letztere. Sie traten aus der sozialdemokratischen Partei aus und bestellten die sozialdemokratische Presse ab. Ob die armen Proletarier aber dadurch zu Anhängern der bürgerlichen Ordnung und Wohlthätigkeit wurden, lassen wir dahingestellt. Der Vorfall zeigt, wie wenig ernst es den bürgerlichen Damen in Kreuznach mit der Wohlthätigkeit und der Achtung vor der Freiheit der Meinung ist. Sie halten nur mit dem Schein. Schein ist ihre christliche Barmherzigkeit, Schein ihr Gerede von dem Geist der Zeit. Echt ist nur ihr Haß gegen die Sozialdemokratie, die, wie sie richtig fühlen, der bürgerlichen Welt voll verlogen und käuflicher Ideale ein Ende bereiten will. Den Proletarierinnen zeigt der Vorfall recht augenscheinlich, was hinter der bürgerlichen Wohlthätigkeit steckt. Sie verteilt Almosen, die erniedrigen, die binden und fesseln und sich dadurch bezahlt machen sollen. Deshalb müssen auch die Frauen des werktätigen Volkes dem Aussteilen von Almosen den Kampf für das Recht der Arbeit entgegenstellen. Eine Arbeiterfamilie, wie wir sie geschildert haben, müßte von Rechts wegen Anspruch auf die nötige Hauspflęgerin haben. Ein Reichsversicherungsgefeß, das sich über die Armenpflege erheben und eine wirklich ernste Sozialreform sein würde, müßte auch dieses Bedürfnis befriedigen. Es ist aber nur die Sozialdemokratie, die für einen Ausbau der Versicherungsgesetze kämpft, welche den proletarischen Interessen gerecht wird. Deshalb gilt für die Frauen des arbeitenden Volkes die Mahnung: Anschluß an die Sozialdemokratie, Festhalten an der Sozialdemokratie. A. D.

Sparwut. Meine Freundin hat viele vorzügliche Charaktereigenschaften, sonst wäre sie nicht meine Freundin. Einen Fehler aber hat sie, und dieser Fehler hat ihr und ihres Mannes Leben verwüstet. Es ist ihre unbefiegbare Sparwut.

Geiz ist es nicht. Wie ließe sich sonst wohl erklären, daß meine Freundin ohne jede Entschädigung sich eines armen Kindes angenommen hat, das von seinem rohen Stiefvater mißhandelt wurde, und daß sie es mit der gleichen Liebe und Sorgfalt wie ihre eigenen Kinder erzog? Auch mir hat sie als echte Freundin zur Seite gestanden, als mein Mann seine Betätigung im Klassenkampf hinter schwedischen Gardinen büßen mußte. Nur für die Organisation konnte ich sie nie gewinnen. Die Organisation kostet ja Geld! Und das konnte nach ihrer Ansicht besser verwendet werden, wenn sie es auf Sparbuch eintragen ließ. Bei einer äußerst geizigen Herrschaft hatte sie die „Zugend“ des Sparens gründlich erlernt. Sie begriff nicht und begreift heute noch nicht, daß die erbärmliche, minderwertige Kost, die sie tagaus tagein auf den Tisch brachte, um zu sparen, für den im Freien arbeitenden Mann vollständig ungenügend war. Ein altes Sprichwort sagt: Was man sich vom Munde abspart, das holt der Teufel auf eine andere Art! Das traf in diesem Falle zu. Was meine Freundin sparte, das hat der Schnapsteufel gebolt. Ihr Mann, ein tüchtiger, fleißiger Arbeiter, ein liebevoller Gatte und zärtlicher Vater konnte bei seinem schlecht versorgten Magen dem Bedürfnis nach Nahrungsmitteln nicht widerstehen. Er versiel dem Trunk. Von Stufe zu Stufe ist er gesunken, hat oftmals im Kauf seine Frau geprügelt und läßt sich jetzt von ihr erhalten, die schlecht genährt und schwächlich ist.

Ihre Kinder sind trotz alledem prächtige Menschen geworden, und besonders an ihrem ältesten Sohne könnte sie die reinste Freude haben. Die wird ihr jedoch dadurch vergällt, daß er — organisiert ist. Das Geld könnte er doch lieber sparen! a. n.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Maria Betkin (Rundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.